

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Son-
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat
 eingetragene in der Post-Verwaltungs-
 Anstalt für 1902 unter Nr. 7078.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Klein Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 9. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Seiner Zeit...

Der preussische Landtag ist am Mittwoch mit folgender
 Thronrede vom Grafen Bälou eröffnet worden:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des
 Landtags!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Er-
 öffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse

hat auf die Gestaltung der Staatsfinanzen im laufenden Etatsjahre
 nicht ohne Einfluß bleiben können.

Während die Rechnung für das Vorjahr 1900 noch mit einem
 beträchtlichen Mehrertrag abschloß, ist für das Etatsjahr 1901 nach
 den bisherigen Ergebnissen ein günstiger Abschluß nicht
 zu erwarten, indem namentlich die Einnahmen der Staats-
 eisenbahnen wesentlich hinter dem Vorausschlage zurückbleiben werden.

Der Entwurf des Staatshaushalts-Etats für 1902 wird Ihnen
 alsbald vorgelegt werden. In demselben haben die Einnahmen des
 Staates im Hinblick auf den Rückgang der Ueberschüsse der Staats-
 betriebe besonders vorzüglich und deshalb niedriger als im laufenden
 Etatsjahre veranschlagt werden müssen. Auch fällt in das Gewicht,
 daß die Deckungsmittel für den eignen Bedarf Preussens durch die
 ungünstige Gestaltung der finanziellen Ver-
 hältnisse zum Reiche eine nicht unerhebliche Schmälerung
 erleiden.

Wenn gleichwohl Einnahmen und Ausgaben ohne Rücksicht auf
 den Staatskredit das Gleichgewicht halten, so ist dies wesentlich dem
 Umstande zu verdanken, daß durch eine reichliche Beweissung des
 Extra-Ordinariums in den letzten Jahren eine Reserve für minder
 günstige Zeiten gewonnen ist.

Es ist daher möglich gewesen, nicht nur für die regelmäßig not-
 wendigen Ausgabeleistungen die erforderlichen Mittel verfügbar
 zu machen, sondern auch auf den verschiedensten Gebieten der Staats-
 verwaltung neuen Ausgaben gerecht zu werden.

Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse

der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und der gering
 besoldeten Beamten sind zu wiederholten Malen mit Ihrer Zu-
 stimmung staatliche Mittel bereit gestellt worden. Da ein Fort-
 schreiten auf diesem Wege im Interesse der staatlichen Arbeiter und
 Beamten dringend erwünscht ist, wird Ihnen alsbald ein Ge-
 setzentwurf vorgelegt werden, in dem höhere Mittel als bisher — zu-
 gleich mit Ausdehnung des Kreises der zu Berücksich-
 tigten — von Ihnen erbeten werden.

An der im Vorjahre angefangenen Arbeit, die bisherige

Dotation der Provinzialverbände

durch Uebersetzung weiterer Staatsrenten zu erhöhen, hält die
 Staatsregierung ungeachtet der ungünstigeren Gestaltung der Finanz-
 lage fest. Die erhebliche Steigerung der Armen- und Wohlfahrts-
 läst namentlich in den wirtschaftlich schwächeren Provinzen und den
 zugehörigen engeren Kommunalverbänden eine wirksame Erleichterung
 durch den Staat geboten erscheinen. Ein entsprechender Gesetzentwurf
 wird Ihnen unverzüglich zugehen.

Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sind die Betriebs-
 leistungen und hiermit die Betriebseinnahmen der

Staats-Eisenbahnen

zurückgegangen. Wenn dementsprechend auch der Betriebsaufwand
 eingeschränkt ist, so wird die Eisenbahnverwaltung dennoch durch
 Erhöhung der Bauhätigkeit vermehrte Arbeits-
 gelegenheit geben und die Gewerbetätigkeit im Lande durch
 Erweiterung umfangreicher Aufträge nach Möglichkeit unterstützen.
 Die Staatsregierung hofft hierdurch zur Ueberwindung der gegen-
 wärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beizutragen.

Die Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes
 und die Unterstützung des Baues von Kleinbahnen im Lande wird
 die Bewilligung erheblicher Mittel erfordern.

Die Regierung Seiner Majestät des Königs erachtet die

Ausgestaltung unserer wasserwirtschaftlichen Verhältnisse

im Interesse der Landeskultur und des Verkehrs fortwährend als ein
 dringendes Bedürfnis für alle Teile des Vaterlandes. Sie wird
 Ihnen

seiner Zeit

eine neue Vorlage unterbreiten.

Der Gesetzentwurf betreffend die Heranziehung gewerblicher
 Unternehmungen zu Vorausleistungen für den

Wegebau

konnte wegen des Schlusses des Landtages im vorigen Jahre nicht
 mehr vorgelegt werden; er soll alsbald an Sie gelangen.

Die Gesetzesvorlage betreffend die Umlegung von Grund-
 stücken in Frankfurt a. M., welche die Ueberung der Wohnungs-
 not durch Schaffung von Vaugelände bezweckt, wird Ihrer Entschlie-
 ßung von neuem unterbreitet werden.

Die durch die wiederholten Witterungsübilden hervorgerufene
 schwierige Lage der Landwirtschaft

in den östlichen Landesteilen, namentlich in den hart betroffenen
 Provinzen Posen und Westpreußen, haben das landesväterliche Herz
 Seiner Majestät des Königs mit Sorge und tiefer Teilnahme erfüllt.
 Die Staatsregierung hat die zur Erhaltung zahlreicher, insbesondere
 kleinerer Landwirte im West- und Nordwesten notwendige
 Maßregeln in Voranschauung Ihrer Zustimmung angefaßt zur
 Durchführung gebracht.

Die neuere Entwicklung der Rechtswissenschaft hat namentlich
 seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches eine Erweiterung
 und Vertiefung des Rechtsstudiums zur Folge gehabt,
 für welche der diesem bisher zugewiesene dreijährige Zeitraum nicht
 mehr ausreicht. Eine Vorlage, welche dem Bedürfnisse nach einer

Verlängerung des Studiendauer

unter gleichzeitiger Abkürzung des juristischen Vorbereitungsdienstes
 Rechnung trägt, wird den Gegenstand ihrer Beschlußfassung bilden.
 Hieran anschließend wird auch die Vorbereitung für den höheren Ver-
 waltungsdienst eine andere Regelung erfahren.

Die Verhältnisse in den doppelsprachigen Landesteilen

des Ostens der Monarchie haben eine Gestalt angenommen, welche
 die ernsteste Aufmerksamkeit der Regierung erheischt. Es ist eine Frage
 der Selbsterhaltung für den preussischen Staat, in seinen östlichen
 Provinzen dem Deutschen die politische und wirtschaftliche Stellung
 zu erhalten, auf welche es durch seine lange, unter der weisen
 Fürsorge der Hohenzollernschen Fürsten geleistete Kulturarbeit
 gerechten Anspruch erworben hat. Die königliche Staatsregierung
 wird die Pflichten, welche ihr die Pflege des Deutschen im Osten
 und die

Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen

aufzulegen, mit Festigkeit und Stetigkeit erfüllen. Sie
 zählt dabei auf die wirksame und furchtlose Mitarbeit
 der deutschen Bevölkerung in jenen Landesteilen und
 nicht minder auf die Unterstützung des gesamten Volkes, das ein
 Zurückdrängen deutscher Sprache und Sitte als
 einen Angriff auf die nationale Ehre und Würde
 empfindet.

Meine Herren! Die Regierung Seiner Majestät des Königs
 rechnet auf Ihre verständnisvolle und patriotische Unterstützung bei
 Lösung dieser wichtigen Aufgaben. Möge die gemeinsame Arbeit in
 der bevorstehenden Tagung Ergebnisse zeitigen, die dem Vaterlande
 zu dauerndem Segen gereichen!

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich
 den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Die Thronrede bedeutet die völlige Unterwerfung des Ministeriums

Bälou unter den Willen der Agrarkonservativen. Was zuerst von
 konservativen Organen als Vermutung ausgesprochen, später von
 konservativen Blättern leise angedeutet und darauf offiziös ver-
 sichert wurde, ist zur Wahrheit geworden. Die Kanalvorlage, die drei
 Jahre lang der inneren Politik Preussens den Stempel aufgedrückt
 hat, ist von der Bildfläche verschwunden. Die Regierung erachtet zwar
 die Ausgestaltung unserer wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im
 Interesse der Landeskultur und des Verkehrs fortwährend als ein
 dringendes Bedürfnis für alle Teile des Vaterlandes, aber sie wagt
 es nicht, die Konsequenz aus dieser Ueberzeugung zu ziehen. Graf
 Bälou weicht als tapferer Held mutig zurück und wird dem Land-
 tage erst „seiner Zeit“ eine neue Vorlage unterbreiten. Wann
 das sein wird, darüber kann man sich keinen Zweifel mehr hin-
 geben. In dieser und der nächsten Session sicherlich nicht,
 und ob die Vorlage nach den Neuwahlen wieder erscheinen
 wird, ist zum mindesten zweifelhaft. So endet denn die
 große Aktion, die die Regierung ins Werk gesetzt hat,
 eine Aktion, für die sich der König wiederholt aufs wärmste ins
 Zeug gelegt hat, mit einem kläglichen Rückzug. Dieselbe Regierung,
 die vor drei Jahren zu dem verfassungswidrigen Mittel der Beamten-
 maßregelungen gegriffen hat, dieselbe Regierung, die noch vor einem
 Jahre den Kanalbefehl drohend die Folgen ihrer Abstimmung vor
 Augen führte, hat sich nun unterworfen und vor dem Limburg und
 Genossen kapituliert. Die Junkerrevolte hat mit dem völligen Sieg
 geendet.

Dies „seiner Zeit“ ist in der That das glücklichste Wort,
 das man zur Kennzeichnung der wirklichen Machtverhältnisse in
 Preußen erdenken kann. Am 11. August 1899 erklärte der Kaiser
 in Dortmund, er und seine Regierung seien „fest und unerschütter-
 lich entschlossen“, den Mittellandkanal zu bauen und zur Durch-
 führung zu dringen. Der Kanal sei „absolut notwendig“. Er sprach
 von dem „starken, geeinten, einmütigen Willen ge-
 horschenden Reich“ und „diese Macht soll auch für das
 große Werk mit voller Macht eingesetzt werden,
 dafür werde ich stehen!“ Der Landtag werde ihn hoffentlich in
 die Lage versetzen, „noch in diesem Jahre“ dem Lande den
 Segen dieses Kanals zu Rufe werden zu lassen.

Am selbigen Tag forderte Wilhelm II., daß die Kanalgegner die
 eigenen Wünsche und Aspirationen dem Wohle des gesamten Staates
 unterordnen. Und als nach einer musterhaften Obstruktion der Kon-
 servativen, die Herr v. Redlig, der Untergebene des Finanzministers,
 in der Presse — der „Vorwärts“ hat das urkundlich nach-
 gewiesen — und im Parlament leitete, der Kanal gefallen und der
 Landtag geschlossen wurde, da bedauerte Fürst Hohenlohe aufs
 tiefste das Scheitern des Unternehmens, erklärte, daß die Re-
 gierung des Königs unverbrüchlich an dem großen Werke festhalte
 und daß sie das Zustandekommen des Entwurfes bereits in der
 nächsten Session erwarte.

Als dann vor genau einem Jahre die Thronrede den erweiterten
 Kanalplan ankündigte, sprach sie nur noch bescheidenlich die Hoff-
 nung aus, daß die Vorlage die Zustimmung des Landtags finden
 werde. Graf Bälou fügte in seiner allgemeinen Erklärung hinzu,
 daß die Regierung Seiner Majestät des Königs ein positives Er-
 gebnis „mit Zuversicht“ erwarte. Die konservative Obstruktion
 begann trotz dieser Zuversicht sofort wieder ihr Werk — und Graf
 Bälou schied das Haus plötzlich nach Hause, ohne die logische Kon-
 sequenz einer Auflösung zu wagen.

Jetzt verschwindet das „absolut notwendige“ große Kulturwerk
 in einem verlegenen Zwischensatz. Der Kanal wird „seiner Zeit“
 kommen. Gewiß, die Prophezeiung wird sich erfüllen. Wenn die
 Socialdemokratie die politische Macht erobert hat, wird sie den Kanal
 bauen, den durchgehenden Könige und Minister, Industrielle und
 Finanzherren vorhergehlich sich wähnten, weil die preussischen
 Junker nicht wollten.

Daß gerade in diesem Jahre die preussische Regierung auf die
 Wiedereinbringung der Vorlage Verzicht leistet, ist um so kläglicher,
 als gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs die Kanalvorlage ein vorzügliches Mittel wäre, reichliche
 Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Heute wäre der Kanal in der That
 schon aus diesem Grunde „absolut notwendig“. Aber die Regierung

des Grafen Bälou will es vermeiden, durch ein Kulturwerk die
 Vrothvucher-Einheit der Regierung zu fördern.

Merkwürdig ist es nur, daß die Regierung nicht daran denkt,
 den Kanal dort zu fordern, wo sie ihn leicht er-
 halten würde, vom Reichstag. Der Bau von Wasser-
 strassen ist verfassungsmäßig Reichssache. Es steht nichts im
 Wege, von der Vertretung des deutschen Volkes zu erlangen, was der
 preussische Junkerweigerte. Daß die Regierung auf diesen Weg verzichtet,
 beweist, daß sie den Kanal gar nicht ernsthaft will, daß sie ihn
 im Gegenteile für „absolut überflüssig“ hält. Unverständlich aber
 bleibt, warum nicht die am Kanal besonders interessierten Parteien,
 die Nationalliberalen voran, durch Einbringung eines
 Initiativantrages im Reichstage — oder zweckmäßiger noch
 durch eine Interpellation — die Regierung zwingen, Farbe zu be-
 kennen, indem die Mehrheit des Hauses dann ihre Vereitwilligkeit
 erklären könnte, den Kanalplan auf das Reich zu übernehmen. Gerade
 jetzt — im Zeichen der Krisis — würde die Ausführung eines
 zweiten Kanalnetzes durch das Reich befruchtend auf die Industrie
 wirken.

In der Kanalfrage wagt die Regierung des Grafen Bälou kein
 großes Wort mehr. Aber ohne große Worte kann man nicht leben,
 und so müssen die Polen es ausbaden, was die Kanalfrage ge-
 fährdet. Mit derselben Phrasenwucht, mit der man bereits den
 Kanalplan als Lebensfrage des deutschen Volkes forderte, traktiert
 man jetzt die „Polenfrage“; nur baut man zur Abwechslung
 nicht mit nationalem Bombast, sondern zerschmettert mit
 großen Worten. An den knapp drei Millionen Polen in
 Preußen läßt die Regierung des Grafen Bälou ihren Ueberfluß an
 heroischen Bedürfnissen aus. Der Mann mit der „eventuell“ harten
 Hand kündigt den Polen den Kampf bis aufs Messer an.
 Die Polenpolitik Riquels hat jämmerlich Fiasko gemacht. Graf
 Bälou will sie trotzdem fortsetzen. Die Folgen dieser Gewaltpolitik
 werden sich bald zeigen. Wie es dem Fürsten Bismarck nicht
 gelungen ist, durch Ausnahme-gesetze die Socialdemokratie zu unter-
 drücken, so wird auch Graf Bälou im Kampfe gegen die Polen sich
 Niederlagen auf Niederlagen zuziehen. Und eines Tages, wenn die
 wütige Germanisierung die Polonisierung des Ostens gewaltig
 gefördert hat, dann wird eine künftige Thronrede — genau wie beim
 Kanal — keine stolzen Ankündigungen und gewaltige Drohungen
 mehr enthalten, sondern man wird still versichern, die Regierung hoffe
 „seiner Zeit“ bestimmt die Germanisierung des Ostens durch-
 führen zu können.

Sonst bietet die Thronrede nichts Wesentliches. Die Regierung
 hat sich auch in der Vorlage betr. die Bildung eines Ober-
 präsidiums für Berlin dem Willen der Konservativen ge-
 fügt. Wir sind die letzten, die dieser in der vorigen Session nicht
 verabschiedeten Vorlage eine Thräne nachweinen, aber für die Re-
 gierung ist es charakteristisch, daß sie in ihrer Ohnmacht von einem
 neuen Versuch von vornherein Abstand nimmt, weil die Kon-
 servativen von diesem Gehej nichts wissen wollen.

Die angekündigten Gegengewichte zur Verbesserung der
 Wohnungsverhältnisse der in staatlichen Betrieben be-
 schäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten sowie betr. die
 Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., die sogenannte
 Leg Adides, sind in der vorigen Session nicht verabschiedet und
 werden von neuem eingebracht. Von einer Wohnungsreform höheren
 Stils will die Regierung nichts wissen, sie giebt sich der Hoffnung
 hin, mit kleinen Mitteln dem Wohnungsseand steuern zu können, und
 ist anscheinend stolz darauf, in Bezug auf die Wohnungs-fürsorge
 sich von allen übrigen Kulturländern übertrumpfen zu
 lassen. Auch die angekündigte Kleinbahn-Vorlage ist
 keine Ueberschätzung, da in der vorigen Session ein solches Gehej
 gleichfalls nicht zu stande kam.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse,
 auf die die Thronrede hinweist, und die ungünstige Gestaltung des
 finanziellen Verhältnisses zum Reiche werden natürlich die Freunde
 der den Landtag beherrschenden Parteien nicht abhalten, im Reichs-
 tage Millionen und Abermillionen für unproduktive Zwecke zu be-
 willigen. Um so sparsamer wird man in Preußen bei der Erfüllung
 von Kulturaufgaben sein.

So verspricht denn die bevorstehende Session, abgesehen von
 einigen Polendeckeln, recht öde zu verlaufen. Die Arbeiten in
 Preußen werden den Grafen Bälou nicht allzusehr in Anspruch
 nehmen, so daß er seine ganze, durch die Kanalvorlage für die
 Reignation geübte Kraft dem Zustandekommen des Zucker-
 tarifes widmen kann.

In der Thronrede wird die Frage, ob dieser oder jener
 Herr im Ministerium sitze, als gänzlich unwichtig behandelt.
 Mit keinem Worte wird die seit dem Sessions-
 schluß erfolgte Umbildung des Ministeriums er-
 wähnt, obwohl man das in konservativen Kreisen bestimmt
 erwartet hatte. Selbst des Todes Riquels wird nicht gedacht, der
 doch eben noch als Allmächtiger Preussens bewundert und gefürchtet
 worden ist. Verhänglich ist der Ruhm der Großen dieser preussischen
 Erde. Graf Bälou lag in diesem gleichgültigen Schweigen und
 schneellen Vergessen die Zukunft seiner eignen ministeriellen Herrsch-
 aft erlösen.

Ueber ein kleines Welschen werden sich nur noch die mit
 ganz besonders gutem Gedächtnis Begabten an den Grafen Bälou
 erinnern, der Politik redete — damals — seiner Zeit...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Januar.

Der Etat.

Nichts außer dem Brokruvier vermag jetzt die Mehrheitsparteien des Reichstags zu fesseln. Die beginnende Etatsberatung, in der die Gesamtheit der allgemeinen Reichspolitik vor dem Forum der Volksvertretung beurteilt werden soll, fand am Mittwoch ein leeres Haus. Auch die Tribünen waren nur spärlich besetzt und nur an den Regierungstischen hatte sich in erheblicher Zahl das civile und militärische Ministergefolge eingestellt, sich der zu erwartenden Angriffe aus dem Hause zu erwehren; darunter erregte Aufmerksamkeit insbesondere Matthias v. Köller, Spezialist für die Germanisierung nichtdeutscher Nationalitäten, der seit den Zeiten des Umsturzgesetzes im Reichstag nicht gesehen war und nun wohl aus Strohburg herbeigezogen ist, um im Spahn-Streit sein sachmännisches Urteil zu bekunden. Auch den Ministerialdirektor Kithoff sah man, gekräftigt vom Schmoller-Liebesmahl und bereit, die Freiheit der Universitäten zu feiern.

Die übliche Einleitung in die Etatsdebatten erstattete des Reiches Schatzsekretär in üblicher Art. Freiherr v. Thielmann hat zwar die Reichsfinanzen aus ihrem Gleichgewicht geworfen, aber die Zerrüttung der Reichsfinanzen störte nicht das Gleichgewicht des Schatzsekretärs, der vom heillosen Jammer der Reichskasse in der gleichen Erregungslosigkeit des Zahlenmannes berichtete, wie er in sonstigen Jahren von ihrem glänzenden Stande berichtet hatte. Der Verwalter des Reichsvermögens mußte bekennen, daß die Finanzsituation höchst unerfreulich sei. Er beklagte die Schwierigkeiten, die den Bundesstaaten aus dem Geldmangel des Reiches erwachsen, und erklärte die außerordentliche Zuschußanleihe, die das Etatsgesetz für laufende Ausgaben fordert, als unvermeidliche Notwendigkeit. Auch für die Zukunft vermochte er nichts Gutes vorherzusagen und, da er an Ersparnissen in den Militär- oder Marineauswendungen nicht denken darf, so beschloß er die melancholische Finanzlage mit der nun unverfüllten Anfüllung der Verstärkung von vier und fünf.

Als erster Redner aus dem Hause sprach der konservative Vizepräsident des Hauses, Graf v. Stolberg, bei dem sich Graf Bälou die Aufgabe über den Chamberlain-Vorfall bestellt hatte. Der konservative Redner erklärte sich, wie sich versteht, freudig bereit zur Bewilligung neuer Steuern, denn die Mehreinnahmen aus dem neuen Zolltarif will er — für den Fall, daß derselbe überhaupt zu Stande kommt! — wie Graf Stolberg in einer Wendung zur Socialdemokratie meinte — nach dem jesuitischen Centrumsvorschläge socialpolitischen Zwecken weihen. Mit der übrigen Politik der Reichsregierung, der inneren und auswärtigen, ist Graf Stolberg gleichfalls allenthalben einverstanden; er widerlegte den letzten Zweifel des Grafen Bälou an seiner hervorragenden Befähigung zum Leiter des Reiches. Die Aufmerksamkeit des Hauses erreichte Graf Stolberg erst, als er die Chamberlain-Anfrage stellte. Herr Hasse, der seit vielen Wochen von alldeutscher Haupt- und Staatsrede Geschwollene, mußte erleben, daß der konservative Leisegänger seine eigenste Sache stahl und in staatsmännischer Milde die Meinung der Regierung zur Verteidigung des deutschen Heeres durch den englischen Minister forderte. Herr Hasse hätte das ganz anders gemacht.

Für den Grafen Bälou war die Chamberlain-Angelegenheit die erste Schwierigkeit seit seiner Kanzlerschaft. Für den Kanzler, dem Politik ein Theaterspiel gilt, als dessen erster Spieler er sich fühlt, der tändelnd durch Blut und Leiden, über Kultur und Sittlichkeit schreit, für diesen geschmeidigen Glänzling des Hofes war es kein geringes, in den nicht geringen Gegensätzen zwischen der Volkstimmung und der Hoffstimmung das ihm unschädliche Wort zu finden. Graf Bälou mußte sich entschließen, mit einiger Schärfe den Minister des Staates zuzurufen, mit dessen Königtum, mit dessen Aristokratie, mit dessen Feldherrn der deutsche Kaiser in intimster Freundschaft und Ordensbund verbunden ist. Als Graf Bälou seine Worte gegen Chamberlain rüsten mußte, zeigte er nichts von jener feichten Jovialität, die seine höchste politische Eigenschaft ist, schwer und geknallt brachte er dies letzte Opfer an die Entlastung im Volke, von der Graf Stolberg gesprochen hatte. Erst nach dieser fauren Leistung aufatmend, durfte er nun in einigen matten Scherzen vom Dreibund plaudern. Doch brachte der Abschluß dieser Plauderei die politisch auffällige Bemerkung, daß der Dreibund heute nicht mehr eine absolute Notwendigkeit, aber doch von großer Wichtigkeit sei. Eine so niedere Bewertung hat der Dreibund bisher noch niemals im amtlichen Deutschland gefunden.

Während noch diese Dreibundsbemerkung des Reichskanzlers im Hause lebhaft diskutiert wurde, begann unser Parteigenosse Südekum, Abgeordneter für Nürnberg, seine Rede, in welcher der gewandte Redner zum erstenmal sich an der größeren Aufgabe einer Etatsbetrachtung versuchte. Südekum legte ein mit einer Kritik des Etats selbst, dessen weitans vorwiegend militaristisch unaktuellen Charakter er kennzeichnete; er ging dann über zur Entrollung eines umfassenden Gesamtbildes der wirtschaftlichen und politischen Situation Deutschlands. Er gab eine kenntnisreiche Beurteilung der wirtschaftlichen Krise, ihrer Ursachen, ihrer Korruptionssymptome in den Kreisen der Finanzwelt, ihrer verheerenden Wirkungen auf die produktive Bevölkerung. Er zeigte, wie die Regierung, insbesondere die sächsische, die also wirtschaftlich getroffene Arbeiterklasse durch Erhöhung des Koalitionsrechts noch weiter schädigte, und behandelte im zweiten Teil seiner Rede eine Reihe von besonders alarmierenden Vorkommnissen in der Politik, das Vorwalten des absolutistischen Regiments, den Fall Heilich, die Berliner Spittelwirtschaft, die Ausgänge des Chinazuges. Obgleich nach unfrem Redner zwei Regierungsvertreter, der bayerische General Endres und der Staatssekretär Tirpitz, das Wort nahmen, vermochte der erstere nur eine Nebenbühnenrolle zu berichten, der zweite nur die Befestigung einer angeblich irrigen Behauptung unfrem Redners zu geben. Die Uebersälle des socialdemokratischen Anklagematerials blieb unabweisbar und ist unabweisbar.

Am Donnerstag wird die Debatte fortgesetzt; zunächst wird Abg. Bachem für das Centrum sprechen.

Preussischer Landtag.

Beide Häuser des Landtags hielten am Mittwoch kurze geschäftliche Sitzungen ab. Die eigentlichen Arbeiten beginnen erst am Donnerstag, und zwar wird im Abgeordnetenhaus unmittelbar nach der Wahl des Präsidiums der Finanzminister den Etat einbringen, während das Herrenhaus, das am Mittwoch bereits das bisherige Präsidium wiederverwählte, nicht weniger als drei Gesetze, darunter die Lex Adiaes, abthun und außerdem noch eine Interpellation des Grafen Schlieben betreffend die Förderung der Rückkehr von im Osten einheimischen, seiner Zeit nach dem Westen ausgewanderten Familien besprechen will.

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm beabsichtigt, wie der Berliner Richterstatter des „Standard“ erfahren haben will, sich in nächster Zeit zu einem mal zum Besuch nach England zu begeben. Der erste

Besuch werde wahrscheinlich Ende Januar oder Anfang Februar stattfinden, zur Teilnahme an der Gedächtnisfeier anlässlich des Jahrestages des Todes der Königin Victoria. Der zweite Besuch soll zur Teilnahme an der Feier der Krönung König Eduards erfolgen.

Wahrscheinlich wird es bei dieser Gelegenheit möglich sein, das etwaige Mißbehagen des Herrn Chamberlain ob der Erklärungen des Grafen Bälou im Reichstage zu beheben und den britischen Kolonialminister durch einen Schwarzen Adlerorden zu trösten.

Kaiser Wilhelm und die Agrarier. In einer Provinzialversammlung der Dandler in Breslau teilte nach der „Schles. H.-Z.“ Freiherr v. Loen mit, „er werde von Sr. Majestät nach Amerika entsendet, um die dortige Landwirtschaft und ihre Nebenzweige zu studieren“. Herr v. Loen verabschiedete sich mit einem Hoch auf den „Kaiser“.

Es ist zu vermuten, daß der Kaiser den Agrarier durch ein Studium der amerikanischen Verhältnisse von der Unfruchtbarkeit der bündlerischen Zollpolitik überzeugen will. Hoffentlich lehrt Herr v. Loen nach gründlichem Studium zur rechten Zeit zurück, um seinen Freunden in der Zolltarif-Kommission von den Ergebnissen seiner Amerikareise zu berichten.

Die Zolltarif-Kommission des Reichstags wird in ihrer Donnerstag stattfindenden ersten Sitzung nur über die geschäftliche Behandlung der Vorlage beraten. Der Vorsitzende der Kommission, Abg. v. Kardorff, beabsichtigt dem Vernehmen nach zunächst eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob zuerst das Zolltarif-Gesetz, das die allgemeinen zolltariflichen Bestimmungen enthält, oder der Zolltarif selbst mit seinen annähernd tausend Positionen in Angriff genommen werden soll. Die Erste dürfte aber darauf bestehen, daß eine allgemeine Generaldebatte stattfindet.

Staatsmittel für die Leutenot. Im preussischen Herrenhaus hat Graf Schlieben mit Unterstützung verschiedener Mitglieder eine Interpellation gestellt, dahingehend, ob es der Staatsregierung bekannt sei, daß seitens vieler Arbeiterfamilien ein Zugang von Osten nach Westen stattfindet, dieselben sich aber zurückzuziehen, aus Mangel an Mitteln dies aber unterlassen müßten, und ob die Staatsregierung die dazu nötigen Mittel in Bereitschaft stellen will.

Als wir vor einiger Zeit die Aufwendung öffentlicher Mittel für die Arbeiter-Unterstützungskosten forderten, da erklärte man das allgemein für unmöglich. Hier fordert ein edler Graf Staatsmittel, um die den ostelbischen Zuständen Entrommenen wieder nach dem Paradies der Junker zurückzuführen.

Wenn der Regierung bekannt sein sollte, daß in der westlichen Industrie beschäftigte Familien sich nach dem Osten zurückzuziehen, so ist es ihr sicher in weit zahlreicheren Fällen bekannt geworden, daß die Landarbeiter-Familien sich aus dem Osten hinwegzuziehen, aus Mangel an Mitteln es aber unterlassen müssen. Wenn man derartige Reisewünsche der Landproletarier also durch Staatshilfe zu erfüllen beabsichtigt, so muß man nicht bloß Gelder für die Rückkehr nach dem Osten, sondern auch für den Wegzug aus dem Osten flüssig machen.

Uebrigens wollen ja die Agrarier selbst die in der Industrie durch die Socialdemokraten infizierten Landarbeiter nicht wieder zurückhaben.

Mit der Herrenhäuser-Interpellation ist die Notwendigkeit, durch Aufwendung allgemeiner Mittel die Arbeitslosigkeit zu mildern, principieell anerkannt worden. Man hat also kein Recht mehr, principieell unsere Forderung zu verwerfen, daß Reich, Staat und Gemeinde den Arbeiterorganisationen helfen, ihre arbeitslosen Mitglieder über Wasser zu halten.

Der englische Boykott deutscher Fabrikanten. In einer in später Nachtstunde eingelaufenen Depesche in unserer gestrigen Nummer wurde behauptet, daß der in einer politischen Notiz der gleichen Nummer reproduzierte Brief Hamiltons eine Mystifikation sei. Auch nach einer der „Post. H.“ zugegangenen Mitteilung soll der Brief in der veröffentlichten Form apokryph sein. Dagegen wird angegeben, daß die in Frage stehenden Tatsachen unzweifelhaft wahr seien: seit mehreren Monaten würden die Aufträge der englischen und kolonialen Regierungen nicht mehr nach Deutschland vergeben, und zwar wegen der Verstimmung, die Deutschlands Haltung in England hervorgerufen habe. Die vom Hamburger Kommerz an den neuen Londoner Votischer gerichtete dringende Bitte, doch ja sein Amt in versöhnlichen Sinne anzuknüpfen, ist wahrscheinlich ein Ergebnis des englischen Boykotts.

Polen-Interpellation. Im Abgeordnetenhaus haben die Nationalliberalen in Anknüpfung an die Erklärungen in der Thronrede eine Interpellation über die Polenpolitik eingebracht.

Wieder ein Kriegsgericht, das sich über ärztliche Sachverständigen-Gutachten hinwegsetzt. Man schreibt uns aus Hamburg: Es machte seiner Zeit großes Aufsehen, als das Kriegsgericht in dem Märchinger Fall des Oberleutnants Müller entgegen den Gutachten der ärztlichen Sachverständigen den Angeklagten für zurechnungsfähig und für strafrechtlich für seine That verantwortlich erachtete und zu Strafe verurteilte. Wozu da noch medizinische Sachverständige, wenn ein Kriegsgericht es auf jeden Fall besser weiß! Jetzt liegt ein zweiter gleicher Fall vor, der aber eigentlich noch krasser liegt, da ein bürgerliches Gericht schon einmal die Frage der Zurechnungsfähigkeit verneint hatte. Vor dem Kriegsgericht der 17. Division zu Altona hatte sich dieser Tage der Mediziner Johannes Mühlmann, ein Bauernsohn aus Jork im Alten Lande a. d. Elbe, der seit Oktober 1900 bei der 6. Compagnie des 75. Infanterie-Regiments in Bremen stand, wegen widerrechtlicher Entfernung von seinem Truppendeil im Rückfall zu verantworten. Der Angeklagte lag anfangs September vorigen Jahres im Dorfe Rentorf in Holslein im Quartier. Inreupte am Abend des 7. September im Dorfringe mit mehreren Civilisten und ging in der Angeltrentheit nach der nächsten Bahnhofsstation, um nach seiner Heimat zu fahren. Dort hielt er sich mehrere Tage auf, versetzte sich aber nicht, sondern trieb sich ganz ungeniert umher, bis er verhaftet wurde. Dasselbe hatte er schon einmal gemacht, und er war deswegen mit zwei Monaten Gefängnis bestraft worden. Während der jetzt wieder gegen ihn geführten Voruntersuchung tauchten Bedenken an seiner Zurechnungsfähigkeit auf. Eine Kommission von Militärärzten wurde deshalb beauftragt, ihn zu untersuchen und zu beobachten. Die Kommission zog eingehende Erkundigungen über das Vorleben des Angeklagten ein. Und da ergaben sich dann allerdings interessante Dinge. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte väterlicherseits von einer Familie von uotorischen Trütern abstammte, während in der Familie der Mutter eine ganze Anzahl Besteskranken zu verzeichnen waren. Die Folgen einer solchen Abstammung machten sich schon früh bei M. bemerkbar. Er war von frühestem Alter zu allerbund Robelken und Brutalitäten geneigt, und konnte selbst durch die äußerste Strenge nicht davon abgedrückt werden. Als er herangewachsen war, hat er mehrfach seine Mutter bedroht und ihr unter Drohungen Geld abgepreßt. Er stahl Vieh, Kohn usw. vom elterlichen Hofe, verkaufte es heimlich und verbot das Geld. Schließlich ist er vom Amtsgericht in Stade, nachdem durch medizinische Sachverständige seine Unzurechnungsfähigkeit dargebracht war, einmündigt worden. Auch während seiner Dienstzeit hat er sich stets höchst merkwürdig benommen. Sein Handeln ließ stets jede Ueberlegung vermissen. Was seinem Thun folgen könnte, war ihm überall absolut gleichgültig. Alle diese Thaten in Verbindung mit einer eingehenden Untersuchung und Beobachtung brachten das Herzlegium dazu zu folgenden Gutachten, das von einem Oberstabsarzt vor dem Kriegs-

gericht vertreten wurde: „Der Angeklagte zeigt in körperlicher Hinsicht zahlreiche Abnormitäten, die auf Degeneration schließen lassen. In geistiger Beziehung leidet er besonders unter dem Einfluß des Alkohols an Geisteszschwäche, so daß er dann Handlungen begeht, die unerkennbar erscheinen. In sittlicher Beziehung ist er äußerst rückständig und ohne jegliche Moralbegriffe, so daß er als „moralischer Irreter“ bezeichnet werden muß. Die Untersuchungskommission ist deshalb zu dem Resultat gekommen, daß M. unzurechnungsfähig ist und für seine Thaten strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann.“ Dieses unabweisliche und eingehend begründete Gutachten imponierte aber dem Kriegsgericht, der die Anklage vertrat, und auch dem Kriegsgericht gar nicht. Der Herr Rat. der erklärte, er sei kein Anhänger der Schule Lombrosos, meinte: Der Angeklagte sei zweifellos zurechnungsfähig, nur müsse er in eine feste Fucht genommen werden, und das geschehe am besten, wenn er in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt werde. Daneben möge das Kriegsgericht auf sechs Monate Gefängnis erkennen. Das Kriegsgericht hat, wie beantragt, und rechnete 3 Monate der von M. verübten Unternehmungshaft auf die Strafe an.

Militärjustiz.

Wegen Gehorsamsverweigerung und thätlichen Angriffs begangen im Felde stand am Dienstag der Pionier Joseph Ende vom ostasiatischen Pionier-Bataillon vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Infanterie-Division in Berlin. Der Thatbestand war folgender: Am 6. August v. J. lag die Compagnie des Angeklagten zur Mäcke in die Heimat bereit in Tounan. Der Angeklagte und 2 Kameraden beschloßen, sich noch einen lustigen Tag zu machen und gingen gemeinsam aus. Die drei Pioniere tranken in verhältnismäßig kurzer Zeit zwei Flaschen Cognac, dann trennte sich E. von seinen Kameraden und zechte mit einem ostasiatischen Ketter noch Wein. Als es Japenstreich war, taumelte der Angeklagte lallend und über und über beschwört nach seiner Baracke. Mit Mühe und Not brachten ihn seine Kameraden zu seinem Strohlager. Dort lag Kopf an Kopf mit ihm der Unteroffizier Senfendörner. Dieser fürchtete, daß durch Ende sein Lager beschmutzt werden würde und forderte den Pionier auf, sich zu erheben. Dieser aber wurde dadurch gänzlich rabiat; er schimpfte und schlug um sich und hörte auf kein Zureden. Als der dienstthuende Unteroffizier Georgi den Trunkenen aufforderte, ihm zur Wache zu folgen, riß sich derselbe los und verzweifelte sich an dem Vorgetreten. Er wurde schließlich gefesselt und in eine dienstliche Zehnhütte gesperrt. Am andern Morgen war Ende höchst verwundert, als er hörte, daß er sich arg vergangen habe und arretiert sei. Die geladenen Zeugen beklagten, Ende sei so stark betrunken gewesen, daß er sie in diesem Zustande nicht wiedererkannt habe. Ihrer Ansicht nach habe dem Angeklagten das Bewußtsein, Vorgefahre vor sich zu haben, völlig gefehlt. Kameraden des Angeklagten erzählten, er wäre wie ein Stück Vieh gewesen. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Ullmann war der Ansicht, daß dem Angeklagten nicht der Schuß nach § 51 zugebilligt werden könne, da sinnlose Trunkenheit nicht nachgewiesen sei. Da am 6. August vorigen Jahres das ostasiatische Pionier-Bataillon noch nicht demobilisiert gewesen, so hätte der Angeklagte noch unter dem Kriegsgerichte gestanden. Sein Strafanzug lautete auf zehn Jahre und drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof trat, bevor der Verteidiger, Oberleutnant Pohlmann vom Garde-Pionier-Bataillon das Wort ergriff, noch einmal in die Beweisannahme, um den Grad der Trunkenheit festzustellen. Der Verteidiger machte dann geltend, daß die Fällung des Angeklagten nicht nach der Zahl seiner Disciplinar-Verurteilungen in China zu bemessen sei. Unter Verurteilung der Angeklagten zweier Offiziere jener Compagnie erklärte er, daß kein Mann von der ganzen zweiten Compagnie der ostasiatischen Pioniere vom Feldweibel abwärts unbestraft geblieben sei; solch strenges Regiment wäre vorherrschend gewesen! Der Verteidiger war der Ansicht, daß der Angeklagte sinnlos betrunken gewesen sei und plädierte daher für Freisprechung. Der Gerichtshof kam zu der Ansicht, daß sich der thätliche Angriff nur als Widererzählung charakterisiere und verurteilte den sassunglos weinenden Angeklagten wegen Gehorsamsverweigerung und Widererzählung, begangen im Felde zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Unternehmungshaft.

Krofigt-Projekt.

Die am Sonnabend vor dem Reichs-Militärgericht stattfindende Verhandlung der Gumbiner Tragödie dürfte eines erheblichen Umfangs annehmen, wenn es zur Verlesung des Erkenntnisses des Oberkriegsgerichts kommen sollte. Letzteres fällt einen vollen Aftenband aus.

Den Gerichtshof bilden: Generalmajor v. Kalkenborn-Stachan (Vorsitzender), Senatpräsident Professor Dr. Weissenbach (Verhandlungsleiter), die Majore v. Krumm, v. Heimelmann und v. Trotha (militärische Beisitzer) und die Reichs-Militärgerichtsräte Wenig und Zwele (juristische Beisitzer).

Der Angeklagte Marten wird durch den Rechtsanwält Dr. v. Simon, der Angeklagte Sidel durch den Rechtsanwält Bieber verteidigt werden.

Als neue Besonderheit im Gumbiner Nordprozeß-Verfahren erfährt die „National-Zeitung“, daß die Staatsanwaltschaft selbst als Hauptgrund für die Revision des dem Sergeanten Sidel freisprechenden Urteils — neben zwei unbedeutenden Ausstellungen gegen das Verfahren — die Ungeleglichkeit der Besetzung des Gerichts geltend gemacht! Dies ist im September geschehen; im August aber hatte dieselbe Staatsanwaltschaft von diesem ungeleglich besetzten Gerichte die Verurteilung der beiden Angeklagten verlangt und die des einen auch erreicht!

Hat der Staatsanwalt, nachdem er die Ungeleglichkeit erkannt hatte, nun auch Revision gegen die von dem ungeleglich zusammengesetzten Gerichtshof ausgesprochene Verurteilung des Marten angemeldet? Bisher ist nur bekannt geworden, daß er die Freisprechung nicht aber die Verurteilung angefordert hat. Dieses verschiedene Verhalten bei gleicher Sachlage ist sehr seltsam. Unseres Erachtens hätte der Staatsanwalt die Pflicht, Revision auch im Fall Marten anzumelden.

Niedermechelung Unschuldiger? Auf der Strafexpedition, welche der deutsche Kreuzer „Cormoran“ auf der St. Matthias-Insel in der Südsee wegen der Ermordung des deutschen Forstjägers Wende im letzten Sommer vornahm, sind 81 Zufallener getötet worden. Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Samoa geschrieben wird, stellte sich heraus, daß Wende und seine Begleiter einen recht großen Teil der Schuld an ihrer Ermordung trugen, nicht nur infolge ihrer unbegreiflichen Sorglosigkeit, sondern weil sie die wenigen vorhandenen Kokospalmen rückhaltlos vernichtet hatten. Die Eingeborenen saßen sich dadurch in ihren natürlichen Rechten bedroht und töteten die Fremden, um ihr Eigentum vor weiteren Verletzungen zu schützen.

Wenn die Darstellung richtig ist, und die kolonialbegeisterte „Köln. H.“ würde ja eine aus zweifelhafter Quelle stammenden Mitteilung schwerlich Raum gegeben haben, so hätten die Eingeborenen durch die Tötung der Eindringlinge, die ihr wertvollstes Eigentum frivolo zerstörten, nur einen Akt der Notwehr begangen. Die Niedermechelung von 81 Eingeborenen müßte dann den Eingeborenen nicht als Akt gerechter Sühne, sondern als unmenschliche Grausamkeit erscheinen.

Das ist die Zivilisation, die unsre Kolonialpolitiker verbreiten! —

Der Opfermut der Intellektuellen.

Das denkbar beachtenswerteste Zeugnis — so schreibt man uns — stellt die liberale „Straßburger Post“ den Idealismus, dem Rechtsgefühl und der opferfertigen Ueberzeugung des deutschen Professorenstands, wie überhaupt aller Angehörigen unserer sogenannten „Intelligenz“ aus. Wegen die von der Nammannschen „Zeit“ gewachte Witterung, die Mehrheit der Straßburger Universitätsprofessoren sei entschlossen, die weitere Errichtung katholischer Lehrstühle an ihrer Hochschule mit sofortiger Antisinderinglegung zu beantworten, führt sie unter anderem den folgenden Grund ins Feld:

Der Lehrkörper der Universität Straßburg zählt weit über hundert Mitglieder, darunter ein hundert ordentliche und außerordentliche Professoren, die emeritierten abgerechnet. Die „Zeit“ behauptet, die große Mehrheit davon, also etwa siebzig bis achtzig, werde bei weiterer Einschübe streiten. Hat sich das Blatt denn nicht klar gemacht, daß das einfach eine wirtschaftliche Unmöglichkeit sein würde? Man nehme hundert Offiziere, Beamte, Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute, was man will. Niemals werden von diesen hundert siebzig, ja auch nicht einmal zwanzig oder dreißig in der wirtschaftlichen Lage sein, daß sie einfach auf ihr Amt oder ihre Stellung verzichten können! Bei den Professoren ist es nicht anders. Alles in allem genommen: Die Nachricht der „Zeit“ ist ein „schlechter Witz“, nichts weiter.

Das heißt also auf gut Deutsch: die deutsche „Intelligenz“ läßt sich von oben herab alles bieten, wird alle Demütigungen ruhig einstecken, nur nicht materiell geschädigt zu werden. Wie hoch erhaben über ihrer Selbsteinschätzung der moralischen Qualitäten unserer Bourgeoisie steht die deutsche Arbeiterschaft da, die in Tausenden von praktischen Fällen schon den Beweis dafür erbracht hat, daß ihr kein materielles Opfer zu groß ist, wenn es gilt, einen Angriff auf Recht oder Ehre eines Einzelnen oder der ganzen Klasse abzuwehren!

Der Bourgeoisie aber ist es nicht zumuten, für ihre Ehre — von irdischem Gut zu opfern. Sie rationalisieren, aber sie forschen! —

Fasnacht in China, das ist die allerneueste Ertragsenschaft des Summenfeldzuges. Im Kaiserpalast der Düsseldorf-Louise hatte, wie man uns von dort berichtet, einer der dortigen „feinern“ Annerkennung eine Sitzung veranstaltet, welcher auch Hauptmann von Reigenstein und der Oberlieutenant Rosenbaum als Karten beizuhören. Obermarre Herrmann besaß die erste Jungst aus China zurückgekehrten Offiziere — die Düsseldorf-Fasnachtsjuden rufen in eifriger Weise vor jeder Uniform auf dem Bunde — und dekorierte sie dann mit Kartennägen und bestete ihnen einen Papierorden an die Helmbreite. Hauptmann v. Reigenstein hielt dann eine schneidige Rede und erzählte, daß die deutschen Offiziere den Fasnacht in Peking eingeführt hätten. Sie hätten dort sogar einen großen Modestzug veranstaltet, dessen Spitze 12 bayrische Kamelle, d. h. 12 Kamelle, die den Bayern gehörten, bildeten. Auch die andern Nationen, namentlich die Italiener, hätten sich so gründlich an diesem Karneval beteiligt, daß es 6 Uhr morgens geworden wäre. —

Deutsch-Südwestafrikanischer Export. Nach den Berliner Neuesten Nachrichten brachte der Dampfer „König“ aus Windhoek folgende Beurteilung nach Hamburg: Aufstieher Kaufmann, verurteilt wegen Diebstahl und Unterschlagung zu 20 Monaten, Zoll-einnehmer Gansow wegen Unterschlagung von Amtsgeldern zu 1 Jahr, Brauereibauer Abara wegen Falschheit, Bestechung und Diebstahl zu 30 Monaten, Schuttpuppenreiter Kōhū wegen Dienstvergehen zu 9 Monaten Gefängnis, aus Swatopmund den wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis verurteilten Matrosen Waquer und den dort festgenommenen Bahnbedienten Bühler aus Würzburg, der wegen Amtsmissbrauch fälschlich und dort gelandet war.

Der polonisierte Vorname und die Befugnisse der Polizei. Der Kaufmann Rosimir Kozjwara, der seinen Vornamen in polnischer Art schreibt, erhielt eines Tages eine polizeiliche Verfügung, durch die ihm angegeben wurde, bei Vermeidung einer Zwangsstrafe von 15 Mark event. 3 Tagen Haft der Polizeiverwaltung seines Wohnorts seinen Taufnamen einzureichen behufs Nachweisung der richtigen Schreibweise des Vornamens. Er beschwerte sich vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten. Letzterer sagte in seinem Beschwerdebescheid, die Polizei habe die Pflicht, darüber zu wachen, daß Namensänderungen nicht unbefugt vorgenommen würden. Sie sei dann auch befugt, Urkunden zwecks Nachweisung der Richtigkeit des geführten Namens einzufordern. Er erhob schließlich Klage beim Ober-Verwaltungsgericht. Der erste Senat des Gerichts erklärte dem auch den Beschwerdebescheid des Regierungspräsidenten für verfehlt und setzte die angegriffene polizeiliche Verfügung außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: „Die Polizei hat das Recht, eine Auskunft zu verlangen, und sie kann zu diesem Zweck auch eine Urkunde einfordern. Letzteres ist aber nur dann zulässig, wenn es der Polizei unmöglich ist, sich die Auskunft anderweitig zu verschaffen, etwa durch Einsichtnahme in ein öffentliches Register. Das ist hier nicht möglich gewesen, denn das Taufregister im Heimatort des Klägers hätte über die Schreibweise seines Namens Auskunft gegeben. Man konnte hier deshalb vom Kläger höchstens verlangen, zu sagen, wo er geboren und getauft sei. Somit ging die Polizei mit ihrem Verfahren zu weit, weshalb ihre Verfügung außer Kraft gesetzt werden mußte.“ —

Herr W. Giese, Mitglied des Vorstandes der deutschsozialen Reformpartei, hatte uns vor einiger Zeit eine Verächtigung zu einer ihn betreffenden Kritik in unserer Nummer vom 10. Oktober v. J. geschickt, die wir abgelehnt haben, weil sie gesetzlich unberechtigt war, wie das Schöffengericht soden gleichfalls bestätigt hat. Herr Giese sendet uns jetzt eine neue Verächtigung, die zwar gleichfalls dem Preßgesetz mißes Erachtens nicht entspricht und an unsern Mitteilungen vom 10. Oktober kaum das geringste ändert, die wir aber dennoch nachsichtig wiederzugeben, um Herrn Giese einen so beharrlich verfolgten Wunsch nicht zu versagen. Herr Giese schreibt:

„In Nummer 237 des „Vorwärts“ vom 10. Oktober v. J. findet sich ein Bericht über den Parteitag der „Deutschsozialen Reformpartei“, der meine Äußerungen über die für die Verwertung des Posttarifentwurfs angekündigte Obstruktion in einer Weise wiedergibt, die der Verächtigung bedarf. Ich habe der Regierung nicht mein Vertrauen betundet, sondern der Reichsregierung Mangel an Zähkraft vorgeworfen. Ich habe nicht „Verfassungsbruch und Staatsstreik gefordert“, sondern ausgeführt, daß die fortgesetzte Vergeßlichkeit der Majorität durch die Minorität auf dem Wege der Obstruktion zum Staatsstreik reizte und die Verfassung, welche ich erhalten zu sehen wünschte, gefährdete.“

Berlin, 7. Januar 1902. W. Giese.
Diese Verächtigung vermag das Urteil, das wir auf Grund des Berichts von Wätern, die Herr Giese sehr nahe stehen, über seine Anschuldigungen gefällt haben, nicht zu ändern. Herr Giese, das Mitglied einer angeblich freirechtlichen Partei, hat durch seine Äußerungen der Regierung das moralische Recht zuerkannt, zum Staatsstreik zu verurteilen, wenn die Reichstags-Opposition in jogenannter Obstruktion ihre verfassungsmäßigen Rechte gebraucht, um schweres Unheil vom Volke fernzuhalten. Die verhängnisvolle Haltung des Herrn Giese wurde auch von seinen eignen Parteigenossen alsbald erkannt und Herr Zimmermann versuchte — freilich vergeblich — den üblen Eindruck der realistischen Ausführungen des Herrn Giese zu beseitigen. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das Geheimnis des Märktrits Wolfs.

Das deutsch-liberale „Trautemauer Wochenblatt“ veröffentlicht jenes Memorandum, welches dem Verbands in der Angelegenheit

des arbeitslosen Führers Wolf vorlag und zu der Beschlußfassung gegen Wolf führte. Die Veröffentlichung erfolgt offenbar, um die Wiederwahl Wolfs in Trautemauer zu verhindern, welche nunmehr allerdings ernstlich gefährdet erscheint. Aus dem Memorandum geht hervor, daß Wolf mit Fräulein Tschau, der Tochter seines guten Freundes, ein Verhältnis einging, dessen intime Beziehungen Folgen zu haben drohten. Wolf versprach dem jungen Mädchen, um sie seinen Wünschen gefügig zu machen, angeblich die Ehe, sobald er die Scheidung von seiner damals ihm noch angetrauten Gattin herbeigeführt habe. Ehe dieses indessen geschehen konnte, fand sich Fräulein Tschau in andren Umständen, und nun überredete Wolf dieselbe, sich rasch anderweit zu verheiraten. Dies führte zur Ehe mit Wolfs eigenem Freunde, Dr. Seidl, ohne daß dieser die geringste Ahnung von dem Verhältnis seines Freundes zu Fräulein Tschau hatte. Wolf erbot sich, Trauzenuge zu sein und später Kaufpate des ersten Sprossens der Ehe zu werden. Fräulein Tschau indessen vermochte die Komödie nicht durchzuführen und gestand bald nach der Hochzeit ihrem Gatten Dr. Seidl und den eignen Eltern die ganze Geschichte. Der in seiner Ehre sich tief gekränkt fühlende Ehegatte, Dr. Seidl, schrieb nun an Wolf einen beleidigenden Brief und forderte Sennathmung. Wolf antwortete, indem er Dr. Seidl bat, Schweigen zu bewahren, und als dieser das ablehnte, folgte die bekannte Herausforderung zum Duell. Das liberale „Trautemauer Wochenblatt“ fordert Wolf auf, wenn irgend eine Einzelheit dieser seiner Veröffentlichung unrichtig sei, das Verdict eines unpolitischen Ehrengerichts zu provozieren und dem Herausgeber seine Zeugen zu senden, da sonst selbst die Freunde Wolfs an der Wahrheit dieser Darstellung nicht zweifeln könnten. —

Schweden.

Verstaatlichung der Telephonbetriebe in Schweden. Die schwedische Telegraphendirektion hat der Regierung den Vorschlag unterbreitet, einen mit den Allgemeinen Telephongesellschaften und mit der „Valltelephongesellschaft“ vereinbarten Kaufvertrag zu genehmigen, wonach das Telephonnetz dieser Gesellschaften in Stockholm gegen eine Kaufsumme von 8 571 690 Kr., das Telephonnetz in der Provinz für 2 008 908 Kr. und die Gebäude der erwähnten Gesellschaft in Stockholm für 934 477 Kr. in den Besitz des Staates übergehen sollen. Der Staat soll den Betrieb am 1. Januar 1903 übernehmen. In der Staatsratsitzung am Sonnabend wurde beschlossen, zunächst die Entschäden der Direktoren des norwegischen und des dänischen Telegraphenwesens über den Kaufvertrag einzuzahlen.

Die „Allgemeinen Telephongesellschaften“ haben ihren Aktionären mitgeteilt, daß die Gesellschaft sich, auch wenn der Verkauf zu stande kommt, nicht auflösen wird, da große Bestellungen auf Telephonanlagen in Rußland vorliegen, so daß der Bestand der Gesellschaft noch auf längere Zeit gesichert ist. —

Frankreich.

Anträge Frankreichs zur Zuckerkonferenz. Der „Agence Rationale“ zufolge werden die französischen Delegierten auf der Zuckerkonferenz folgende Vorschläge machen: 1. Vollständige Abschaffung der Ausfuhrprämien; 2. Festlegung derselben Einfuhrrechte für alle Länder; 3. Verpflichtung seitens der verschiedenen Länder, die innere Gesetzgebung, betreffend die Zuckerindustrie, einheitlich zu gestalten. —

England.

Das Anwachsen der britischen Einkommensteuer. Das Londoner Schatzamt veröffentlicht einen Bericht über Wesen und Entwicklung der britischen Einkommen in den letzten 10 Jahren. In dem Rechnungsjahr 1890/1900 rangierte diese Steuer an dritter Stelle unter den Einnahmen des Vereinigten Königreiches und lieferte 18 Proz. derselben. Seitdem ist ihre Bedeutung sowohl wie ihr Ertrag erheblich gewachsen. Im Rechnungsjahr 1900/1901 trat die Steuer mit 23 Proz. der Gesamteinnahmen an die zweite Stelle unter den Einkünften. Im Vergleich zu dem Beginn des letzten Decenniums hat sich der Ertrag der Steuer mehr als verdoppelt; er betrug 1890/91 ca. 13 1/4, im Jahre 1900/1901 nahezu 27 Mill. Pfster. = 540 Millionen Mark.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Bourgeoisie Englands sich wenigstens nicht sträubt, für seine imperialistische Politik auch selbst einen erheblichen Teil der Kosten aufzubringen, während man in Deutschland für die gleichen Zwecke die beßiglose Masse durch indirekte Steuern schröpft. —

Ugien.

Koloniale Korruption in Niederländisch-Indien. Der Redacteur des „Soerabaja-Courant“ hat kürzlich in seinem Blatte die Vorgänge besprochen, durch die die Expedition nach Djambi (Sumatra) zu stande gekommen ist, die schon so viel Blutvergießen und Elend sowohl auf Seiten der Eingeborenen, als auch auf der der Niederländer zur Folge gehabt hat. Als Zweck der Expedition hatte die Regierung angegeben: „die militärische Macht in der Provinz Palembang zu verstärken, um endlich Ruhe und Ordnung im Sultanat Djambi herzustellen.“ Bau Kol hatte in der Kammer den Krieg bereits vorausgesetzt, und der „Soerabaja-Courant“, der „Java-Boede“ sowie andre indische Blätter hatten davor gewarnt. Wenn die Expedition democh zu stande kam, so ist das darauf zurückzuführen, daß selbstständige kapitalistische Interessenswirtschaft über das Urteil erfahrener Leute siegte. Hierbei sollen auch sehr misere Mittel angewandt worden sein. „Es ist eine Pflicht der Vaterlandsliebe“, schreibt der Redacteur des zuerst erwähnten Blattes, „die mich zwingen müßte, jetzt zu schweigen? Ich glaube das nicht. Die so wie so bereits zum Schweigen verurteilte europäische Bevölkerung Indiens glaubt, daß große Summen Geldes den Stabsoffizieren der niederländisch-indischen Armee und hochgestellten Verwaltungsbeamten angeboten worden sind, wenn der Feldzug gelingen würde und die Konzessionen erteilt würden. Ist dieser Glaube allein nicht bereits Grund genug, um eine Untersuchung durch die Regierung zu provozieren, damit kein Rang noch Amt durch falsche Gerüchte bedingt werde, damit, wenn das Gerücht Wahrheit enthalten sollte, diejenigen zur Verantwortung gezogen werden können, die ihr Gewissen für Gold verkauften, und sich mit vielfachem Mord belasteten?“ Diese Beschuldigung besagt also nichts weniger, als daß hohe Offiziere und Regierungsbeamte in Niederländisch-Indien sich haben bestechen lassen, um einen Krieg anzuzetteln, der selbst vom imperialistischen Gesichtspunkt aus vollkommen unnötig ist. —

Russisch-amerikanische Schlägereien. Es ist in Rintschwanang dreimal zu Schlägereien zwischen Matrosen des amerikanischen Kriegsschiffes „Vidsburg“ und russischen Soldaten gekommen. Ein russischer Soldat wurde, wie es heißt, verwundet. Der russische Gesandte Kessar besagte sich beim amerikanischen Gesandten Conger, welcher das Staatsdepartement von dem Vorfalle in Kenntnis setzte. Der Sekretär der Marine sandte hierauf dem Kommandanten der „Vidsburg“ ein Telegramm, in welchem er ihn anweist, alles aufzubieten, um weitere Streitigkeiten zu verhindern. Die „Vidsburg“ liegt im Winterquartier im Dock an der Blufmündung und kann vor dem Frühling nicht loskommen. —

Amerika.

Die argentinische Regierung hat dem Ersuchen der argentinischen Regierung um Auslieferung bezüglich des von dem argentinischen Minister des Auswärtigen James und dem argentinischen Gesandten Portela angelegten Protokolls zugestimmt und eingewilligt, daß dasselbe dem Vertrage von 1898 untergeordnet werde. Sie habe auf diese Weise alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. —

Der Boeren-Krieg.

Die englischen Verluste.

Die vom englischen Kriegsamt veröffentlichte Verlustliste für den Monat Dezember zeigt, daß die Totalsumme noch größer ist als die im Monat November. Außerdem kommen noch 853 Gefangene dazu, von denen 300 am Weihnachtsmorgen von De Wet bei Tweefontein überrascht wurden. Tagtäglich aber kommen überdies noch Listen der in dieser Schlacht Verwundeten herein, die in der angegebenen Zahl nicht begriffen sind.

Offiziere Mannschaften

Getötet oder an Wunden gestorben	18	145
Verwundet	49	421
Vermisst und Gefangene	6	253
Total	73	819

Dazu kommen ferner noch Todesfälle infolge von Krankheiten: 351, und infolge von Unglücksfällen: 42. Außerdem wurden 1400 als Invaliden während des Monats nach Hause gelandt.

Bis zum Ende des Jahres 1901 ist die gesamte englische Macht in Südafrika um 83 736 Mann reduziert worden und die gesamten Verluste während des Krieges betragen 24 299 Mann.

Die englischen Wochhäuser.

Eine in Bliffingen wohnende Dame hat dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge von ihrem Bruder, der in Südafrika unter den Engländern dient, folgendes Schreiben erhalten:

„Denke ja nicht, daß wir, die wir in den Wochhäusern dem Bewachungsdienste obliegen, es besser haben, als die Feldtruppen. Häufig kommt es vor, daß wir den ganzen Tag über nichts zu essen bekommen und was wir dann noch erhalten, ist manchmal ungenießbar. Die Fournagierung wird durch Hungerzüge bewerkstelligt; aus diesen wird vor jedes Wochhaus der nötige Proviant hingeworfen, worauf wir, unter einem Kugelregen seitens der Boeren, die Paden mit laugen Haken über die Ballisaden ziehen. Schon manchen von uns hat bei dieser gefährlichen Arbeit die tödliche Kugel getroffen.“

Verschiffung Boerengefangener.

300 Boerengefangene sind gestern in Durban eingetroffen, weitere 700 kommen heute an. Dieselben werden sämtlich nach St. Helena transportiert werden.

Aus Industrie und Handel.

Ueber Kinderarbeit in der Spielwaren-Industrie bringt der soeben erschienene Jahresbericht der Handels- und Gewerbe-Kammer Sonneberg bemerkenswerte Mitteilungen. Der bekannte Vorentwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Kinderarbeit war im vergangenen Jahre auch dieser Handelskammer zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Ermittlungen, die auf ihre Veranlassung der Kreisdeputationsinspektor anstellte, ergaben, daß die Spielwarenindustrie, die in diesem Bezirk tonangebend ist, die Kinderhände in einem Maße in die gewerbliche Arbeit hineinzieht, wie dies kaum in irgend welcher andren Industrie der Fall ist. Von 12 076 Schulkindern des Bezirkes waren 5108 gewerblich beschäftigt, also nicht viel weniger als die Hälfte. Von diesen waren 1527 über 12 Jahre alt, die andren jünger bis herab zu 6 Jahren. Eine gewerbliche Thätigkeit vor Beginn des Unterrichts hatten nicht weniger als 1000 Kinder, d. h. 21 Proz. der gewerblich beschäftigten Kinder überhaupt. Ueber diesen Punkt wurden genauere Ermittlungen veranlaßt, und es stellte sich heraus, daß an einigen Orten dieser Procentsatz über die Hälfte, ja sogar stellenweise bis auf 84 und 70 Proz. gestiegen ist. In Lehrerkreisen, mit denen die Handelskammer sich in unmittelbare Verbindung setzte, erwiesen sich die Klagen als allgemein, daß die Kinder vielfach schlief und zur Aufnahme geistiger Nahrung unfähig zur Schule kommen. Aus diesen Gründen sähen der Handelskammer die Beschränkung der Früharbeit auf 1—2 Stunden, wie sie der Entwurf vorschlägt, zwar für eine Verbesserung, aber nicht für ausreichend, sie bezweckete vielmehr die vollständige Beseitigung gewerblicher Kinderarbeit vor dem Frühunterricht als dringend geboten. Während sonst vielfach gewünscht wird, daß der Kinderichth vor den Werkstätten Pakt machen möge, in denen Eltern nur mit ihren eignen Kindern arbeiten, stellte sich in Sonneberg sofort heraus, daß dies eine Unterbindung des ganzen Kindererzuges bedeuten würde. Dem abgesehen von 202 Kindern sind sämtliche obengenannten Kinder in den Arbeitstätten der eignen Eltern beschäftigt; damit stimmt es überein, daß die Lehrer nichts von Beschränkungen über fremde Arbeitgeber, dagegen sehr viel von übermäßiger Inanspruchnahme der kindlichen Arbeitskraft durch die eignen Eltern zu berichten wissen. Die Kammer trat daher auch hier den beschränkenden Maßregeln des Entwurfs nicht nur bei, sondern ging noch erheblich darüber hinaus. Die abendliche Arbeit soll nicht um 10, sondern bereits um 8 Uhr beginnen. Auch soll die tägliche Arbeitszeit der eignen Kinder an eine bestimmte tägliche Stundenanzahl gebunden werden: sie soll während der Ferien 6, während der Schulzeit 3 Stunden täglich übersteigen.

Gegenüber den überaus traurigen Ergebnissen der angestellten Erhebungen wären die von der Handelskammer empfohlenen Einschränkungen der Kinderarbeit schon immerhin ein beachtlicher Fortschritt, aber es ist auch zugleich dargethan, ein wie dringendes socialpolitisches Erfordernis das gänzliche Verbot der Kinderarbeit ist.

Neue Anleihen. Die Frage der Begebung neuer Verträge von deutscher Reichsanleihe und preussischer Konjols wird nach der „Frankfurter Zeitung“ die maßgebenden Persönlichkeiten voransichtlich schon in aller nächster Zeit beschäftigen. Hierbei dürfte es sich einstweilen um die Ausgabe derjenigen Verträge allein handeln, für die sowohl das Reich wie auch Preußen die Kredite schon bewilligt erhehlt.

Zum Konkurs der Gesellschaft für Treberrodung teilte der Konkursverwalter, Justizrat Frieß, in der Gläubiger-versammlung, die gestern in Kassel stattfand, mit, daß an deren Geldern bis jetzt 1 245 000 M. eingegangen seien. Mit den 709 457 M. betragenden sicheren Rückständen beläuft sich die Aktive maffe auf fast 2 Millionen Mark. Von dieser Summe fordert der Konkursverwalter ein Honorar von 75 000 M. für seine Thätigkeit vom 4. Juli bis 31. Dezember 1901. Die Herren des Gläubiger-ausschusses machen aus gleichem Grunde eine Honorarforderung von 50 000 M. geltend.

Die Besserung im Textilgewerbe hält nicht nur an, sie verallgemeinert sich auch. Der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ wird aus den sächsischen Bezirken sowohl als auch aus den mitteldeutschen, bairischen und württembergischen Orten übereinstimmend berichtet, daß die Webereien reichliche Aufträge erhalten haben, die auf Wochen hinaus volle Beschäftigung gewährleisten. In Oera-Weitz sind in den letzten Wochen Aufträge eingegangen. In Glöckau-Neerane sind Spinnereien, Webereien, Appreturen und Färbereien durchweg gut beschäftigt. Planen hat besonders große Aufträge aus den Vereinigten Staaten erhalten. In Chemnitz ist die Strumpffabrikation zu steigenden Preisen beschäftigt, und auch in der Trikotagenfabrikation ist eine Besserung zu konstatieren. Sogar das Tuchgeschäft scheint sich einigermaßen zu beleben; in Forst i. L. sind die Fabriken befriedigend beschäftigt. Die günstige Lage der Rohstoffmärkte wirkt auf das gesamte Textilgeschäft anregend.

Die Vereinigung des Kohlengroßhandels am Nieder- und Oberrhein, über die wir vor kurzen berichteten, richtet ihre Spitze nicht gegen das Kohlenjudikat, wie wir nach den ersten unklaren Meldungen annahmen, sondern steht in enger Fühlung mit dem Kohlenjudikat. Die Vereinigung soll sogar gegen die Quittier des Kohlenjudikats in Konfuzenz treten und wird hierzu die Unterstützung des Kohlenjudikats erlangen. Das Kohlenjudikat ist somit bemächtigt sein Herrschaftsgebiet auszudehnen. Vorläufig ist der Plan etwas ins Stoden geraten, da zwei größere Firmen die Gesellschaft abgelehnt haben. Man hofft aber bestimmt auf ein Zustandekommen der Vereinigung.

Schiffahrtstrust. „Daily Telegraph“ erfährt aus Liverpool, daß die dortigen Reedereien mit großer Spannung die andauernden Gerüchte von einer geplanten Veräusserung der American Line, der Atlantic Transport Line und der Leyland Line verfolgen. Die Veräusserung dieser Gesellschaften würde eine der größten Schiffahrts-Interessen-Vereinigungen im atlantischen Handelsverkehre bedeuten. Möglicherweise würde dieselbe zu einer Erhöhung der Tarife, nicht zu einer Ermäßigung derselben führen.

Der amerikanische Stahltrast. Der Geschäftsbericht der Steel Corporation für die letzten neun Monate weist einen Bruttogewinn von 84 779 298 Dollar aus. Nach Abschreibungen und Zuweisungen an den Tilgungsfonds beträgt der Ueberschuß 61 420 804 Dollar.

Gewerkschaftliches.

Verku und Umgegend.

Die Verlängerung des Vertrages im Berliner Maurer- und Maler-Gewerbe war in letzter Zeit Gegenstand der Verhandlungen in der Richter-Kommission. Dieselben haben zu dem Resultat geführt, daß der seit herige Vertrag ohne wesentliche Änderungen auf ein Jahr verlängert werden soll. Insbesondere bleibt der bisherige Lohn bestehen. Eine gestern abgehaltene stark besuchte Generalversammlung des Verbandes der Maurer beschloß, unter den von der Richter-Kommission festgesetzten Bedingungen auf die Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr einzugehen.

Deutsches Reich.

Zur Einführung des Buchdruckerarbeitsgesetzes. Der „Correspondent“ der Buchdrucker meldet in durchschossenem Druck:

Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist die Einführung des Arbeitsgesetzes in den Großstädten — mit Ausnahme von Leipzig — ziemlich glatt erfolgt. Auch aus verschiedenen größeren Provinzialstädten liegen diesbezügliche befriedigende Mitteilungen vor. Das bisherige Schmerzenskind des Tarifwesens, Rheinland-Westfalen, wird allem Anschein nach seinen tariflichen Übeln keine Schande machen. Für das Reich ist ein abschließendes Urteil jetzt noch nicht möglich und bleibt mindestens die zweite Januarwoche noch abzuwarten. Wir können daher nur immer wieder an die Kollegen appellieren, fest und einig zusammenzubringen, um eine allgemeine Tarifdurchführung herbeizuführen. In Leipzig wird sich erst in der nächsten Woche herausstellen, inwieweit den Gegnern des neuen Tarifgesetzes das Feld zu behaupten möglich war. Zweifellos wird es in dieser Stadt zu einem heftigen Kampfe mit den Tarifautoritäten kommen, denn mit wenig wässerlichen Mitteln, zum Teil unter mißbräunlicher Verwendung des Namens des Tarifamtes und seines Prinzipalvorsitzenden wird versucht, den Gehilfen einzureden, daß das Sonderbündlerische Vorgehen der Leipziger Herren die Billigung der obersten Tarifbehörde gefunden habe. Es kann natürlich nur das Gegenteil der Fall sein. Wir haben bisher in die Verhandlungen zwischen Leipzig und den Tariforganen nicht eingegriffen, weil wir immer noch auf einen befriedigenden Ausgang rechnen. Da ein solcher aber nicht mehr zu erwarten ist, werden wir demnächst Veranlassung nehmen, mit aller Schärfe die Leipziger Situation zu kennzeichnen.

Um diese Kritik zu verstehen, muß man folgendes wissen: Am 8. Dezember vorigen Jahres waren die sächsischen Buchdruckerbesitzer in Leipzig versammelt, um zur Einführung des neuen Tarifgesetzes Stellung zu nehmen. Sie äußerten dabei ihre Unzufriedenheit mit dem Anfall der Tarifberatungen im allgemeinen und über die vom Tarifamt beschlossene Lohnminderung der im gewissen Grade stehenden Gehilfen im besonderen und beauftragten ihren Vorstand — obgleich doch durch den Tarif alle Positionen geregelt sind —, den Mitgliedern eine Vorlage zu machen, die es ermöglicht, die älteren Gehilfen mit zu berücksichtigen, was selbstverständlich nirgends im Tarif verboten ist. Wie diese „Vorlage“ ausgefallen, davon hat bereits die Leipziger Gewerkschaft eine Probe zu kosten bekommen. Um die tariflichen Verpflichtungen, betreffend Erhöhung des Gehilfenlohnes, zu umgehen, hat man sich nicht geschent, Gehilfen, welche am 1. Januar vertragsmäßig eine Lohnzulage von 2,82 M. zu beanspruchen haben, acht Tage vor diesem Termin mit 50 Pfennigen und mit einer Mark abzufinden. Ihre Fürsorge für die älteren Gehilfen erblickte die betreffende Prinzipale darin, daß sie diesen älteren Gehilfen ihr tarifliches Recht durch Kürzung der ihnen vom Tarifamt garantierten Lohnzulagen schmälerte.

Aus Trauerschweig ist noch nachzutragen, daß die Gehilfen ursprünglich eine Erhöhung des Lohnzulages um 7/8 Proz. beantragt hatten. Das Tarifamt setzte die Erhöhung auf 2/3 Proz. fest. Unter solchen Umständen ist es um so verwunderlicher, wenn die Prinzipale sich weigern, auch diesen geringen Zuschlag zu bezahlen. Die Gehilfen sind denn auch fest entschlossen, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Durchführung des tarifamtlichen Entschlusses einzustreiten — In Wollfenbüttel hat die dort namentlich in Betracht kommende Firma Hedner („Arbeitsblatt“) den allgemeinen Erhöhungen des Tarifs zugestimmt, aber den für Wollfenbüttel neu festgesetzten Lohnzulage von 2,3 Proz. bis zur endgültigen Entscheidung des Tarifamtes gleichfalls abgelehnt. Die Gehilfen in Schöningen und Holzminde haben im allgemeinen eine entsprechende Lohnerrhöhung erhalten und wenn auch eine vollständige Anerkennung der neuen tariflichen Bestimmungen noch nicht erzielt wurde, so ist doch in letzteren beiden Orten eine baldige Regelung der noch strittigen Punkte zu Gunsten der Gehilfen zu erwarten.

Die Germania-Verke in Kiel hat bereits die Initiative zur Lohnerrhöhung ergriffen. Einigen von Hamburg zugehörigen Schloßern hat sie Schlußwort einen Tagelohn von 2,80 M. angeboten. Die Leute zogen es jedoch vor, auf dieses verlockende Angebot zu verzichten. Um einer Lohnerrhöhung von vornherein die Spitze abzubrechen, ist es Pflicht der Metallarbeiter allerorts, den Bezug von Schiffbauern, Schloßern sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel streng fernzuhalten.

Die Polizeibehörde in Apenrade hat sich „überlegt“. Bekanntlich hat dieselbe von den Gewerkschaften gefordert, dieselben sollten die Ausländer ausschließen, weil nur Preußen das Recht hätten, sich in Vereinen und Versammlungen zusammenzuschließen. Die Gewerkschaften weigerten sich, dieser seltsamen Aufforderung nachzukommen. Statt nun in der üblichen Weise die Gewerkschaften wegen dieser Weigerung dem Strafrichter auszuliefern, schreibt ihnen die gutmütige Apenrader Polizei folgenden Schreibbrief:

In gegebener Veranlassung werden Sie hierdurch aufgefordert, innerhalb einer Woche ein Verzeichnis Ihrer Mitglieder, welches dem gegenwärtigen Stande entspricht, hierher einzureichen, oder diejenigen Änderungen mitzutheilen, welche seit der letzten Einreichung der Liste durch Zu- oder Abgang entstanden und bisher nicht angezeigt worden sind.

Die Mitglieder sind mit ihren Vornamen und Standesangabe derart zu bezeichnen, daß eine Verwechslung mit anderen Personen möglichst ausgeschlossen ist.

In Zukunft sind alle Änderungen nach § 2 des Vereinsgesetzes binnen drei Tagen hierher pünktlich mitzutheilen.

Wahrscheinlich wird sich nun die Apenrader Polizei die Ausländer selbst in den Listen ausfinden und sie bitten, aus den Gewerkschaften auszutreten, die so schände auf das Vereinsgesetz pochten.

In den Differenzen in der Weisköbel-Fabrik von Wagner u. Rutenfein in Leipzig-Lindenau berichtet die „Leipziger Volkszeitung“, daß die Firma alle Anstrengungen macht, Arbeitswillige zu erhalten. In den diesbezüglichen Inseraten in

bürgerlichen Blättern hält es die Firma für zweckmäßig, ihren Namen nicht anzugeben, sondern nur „Lindenau, Angerstraße“, wahrscheinlich in der Erwartung, daß sonst überhaupt schwerlich jemand hingehen würde. Leider haben sich vier am Streik beteiligte gefunden, die den übrigen in den Rücken gefallen sind. Zwei davon sind ledig. Mit einigen sonstigen Arbeitswilligen sind gegenwärtig 10 Tischler als Randreißer bei der Firma thätig.

Drechsler. In der Werkstatt von G. Worms in Reiz sind wieder Differenzen ausgebrochen. Diesmal handelt es sich um die Einführung einer Werkstattordnung und der Accordarbeit. Die Werkstattordnung enthält nur Pflichten der Arbeiter und Rechte des Arbeitgebers, von Rechten der Arbeiter ist keine Rede. Die Accordpreise sind so gestellt, daß sie einen 20prozentigen Lohnabzug bedeuten. Eine Verhandlung zwischen der Organisation und Herrn Worms scheiterte. Sämtliche 10 Drechsler sind organisiert und haben die Kündigung eingereicht.

Rußland.

Auf dem Balersbache in Bilsen ist wegen einer von der Direktion verfügten 5prozentigen Lohnherabsetzung ein Arbeiterstreik ausgebrochen.

Aus Madrid meldet das „Bureau Herald“ unterm 8. Januar: Gestern abend verließen eine große Anzahl Arbeiter ihre Werkstätten vor der gewöhnlichen Schlußstunde und warfen Steine in die Fenster der Fabrik. Kavallerie-Patrouillen mußten einschreiten, um die Arbeiter zu zerstreuen. Mehrere anarchistische Anführer sind in Sabadell signalisiert worden.

Zweiter Galizischer Gewerkschaftskongress.

Przemysl, 5. und 6. Januar 1902.
Die galizische Gewerkschaftsbewegung ist noch jungen Datums. Erst vor acht Jahren hat man mit einer gewerkschaftlichen Agitation begonnen. Die ersten Hochvereine wurden erst 1895 und 1896 gegründet. Der erste Landeskongress, der im Januar 1899 stattfand, hatte die vornehmste Aufgabe, dem überlebten Lokalismus die Idee des Centralismus entgegen zu stellen und sprach sich für eine möglichst große Centralisation der Gewerkschaftsbewegung aus. Die Verhältnisse ließen aber die Durchführung der Centralisation mit den österreichischen Verbänden nicht zu und das Resultat war, daß sich mit der Zeit in Galizien die verschiedensten Organisationsformen gebildet haben, die eine einheitliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung gehindert haben. Nach dem Bericht des Gewerkschaftssekretärs gehören heute den galizischen Gewerkschaften 6907 Mitglieder an. Davon gehören 1620 Lokalvereinen an, 2276 den Landesvereinen, während 3011 — hiervon 2000 Eisenbahner — den österreichischen Centralverbänden angeschlossen sind. In der angegebenen Gesamtzahl sind auch 1009 Mitglieder von 15 Bildungsvereinen enthalten. Der heutige Kongress hatte die Aufgabe, der Organisation eine einheitliche Form zu geben. Am Kongress, der im Lokale der Przemysler Genossen am 6. und 7. Januar tagte, nahmen 50 Delegierte aus 17 Orten teil. Außerdem ist Genosse Hueber-Wien als Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission, Genosse Daszynski-Krakau als Vertreter der Partei-Exekutive und Genosse Haase-Kattowitz in Vertretung der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ anwesend.

Den Hauptteil der Verhandlungen nehmen die Debatten über die Organisationsform in Anspruch. Die meisten Redner erklärten sich für Landesorganisationen, die durch das Landessekretariat mit der Centrale in Verbindung stehen sollen. Die Redner legen dar, daß eine direkte Verbindung der Filialen mit Wien aus gegenseitiger Unkenntnis der Sprache und der betreffenden Verhältnisse zu fortwährenden Mißverständnissen und Schwierigkeiten geführt hat. In der Debatte führt Genosse Hueber-Wien aus, daß man principiell an der Centralorganisation festhalten müsse. In der Praxis müssen allerdings gewisse Vorbedingungen zum Centralismus gegeben sein, die in Galizien noch nicht vorhanden sind. Im übrigen würden die Wiener Centralorganisationen die galizische Organisation bei jeder Organisationsform in jeder Weise unterstützen.

In der weiteren Diskussion erklärt Daszynski, daß manche Centralorganisationen die galizischen Organisationen gar nicht haben wollten. Wir sind zu den Landesorganisationen gedrängt, das Ideal muß aber die Centrale bleiben.

Am zweiten Tage wurde das Organisationsstatut angenommen, dessen Grundzüge sind: die Landesorganisation soll die maßgebende Form werden; die Verbindung mit der Centrale in Wien wird durch die galizische Gewerkschaftskommission hergestellt, diese Kommission soll sich ferner um den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages mit den österreichischen Centralverbänden bemühen. Die Landesvereine sollen Mitglieder der österreichischen Centralverbände sein. Die Bildungsvereine dürfen Mitglieder, welche ihren Berufsorganen nicht angehören, nicht aufnehmen.

Die weiteren Debatten betrafen die Arbeiterversicherung und die Anträge zur Gewerbe-Ordnung.

Am Schluß der Verhandlung wurde in einer Resolution unter stürmischen Beifall eine Sympathie Kundgebung für die russischen und preussischen Polen angenommen. In einer zweiten Resolution sprach der Kongress den Proletariern, die trotz aller Verfolgungen in Rußland den Kampf gegen die Ausbeutung führen, seine Bewunderung aus. Daraufhin wurde der Kongress unter Abfassung der „Roten Fahne“ geschlossen.

Sociales.

Die Betriebsergebnisse der preussischen Staatsbahnen.

Im Jahre 1900 betragen die Gesamteinnahmen der preussischen Staatsbahnen nach dem soeben ausgegebenen amtlichen Bericht 1 892 385 690 M. Sie vermehrten sich gegen das Jahr 1899 um 52 1/2 Mill. Mark = 3,92 Proz. Auf den Kilometer Betriebslänge wuchsen die Einnahmen von 44 486 M. auf 44 532 M. Die Steigerung der Einnahmen war beim Personenverkehr mit 7,28 Proz. viel größer wie beim Güterverkehr mit nur 4,20 Proz.

Die Ueberschüsse betragen 564 217 527 M. und sind somit um 799 087 M. höher wie im Jahr 1899. Die Steigerung der Ausgaben fällt zum weitaus größten Teile auf die sachlichen Ausgaben, die sich um über 80 Millionen vermehrten. Die persönlichen Ausgaben stiegen nur im Verhältnis der gesteigerten Einnahmen, nämlich um 3,48 Proz. und unter diesen war der Posten Arbeitslöhne, der die geringste Steigerung erfährt, nämlich nur 2,08 Proz.

An den Einnahmen aus dem Personenverkehr, die insgesamt 870 705 050 M. betragen, sind die einzelnen Wagenklassen wie folgt beteiligt:

I. Klasse	17 937 871 M. = 4,84 Proz.
II.	86 777 690 „ = 23,41 „
III.	142 100 816 „ = 38,83 „
IV.	115 599 009 „ = 31,18 „
Militärbesorgerung	8 289 064 „ = 2,24 „

In den letzten 6 Jahren, den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges, sind bei der preussischen Staatsbahn auch die Arbeiterlöhne gestiegen. Allerdings in lächerlich geringfügiger Weise. Die Löhne aller Arbeiter und Hilfsbediensteten im untern Dienste zusammengerechnet, ergibt sich in diesen 6 Jahren eine Lohnsteigerung von 2,30 M. auf 2,72 M. täglich.

Kaufmännische Schiedsgerichte. Der antisemitische Abgeordnete Raab hat dem Reichstage als Initiativantrag der Antisemiten einen Gesekentwurf, betreffend die kaufmännischen Schiedsgerichte, unterbreitet. Der Antrag umfaßt die von dem bekannten antisemitischen Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband aufgestellten Forderungen. Dem Reichstage liegt bekanntlich bereits ein entsprechender nationalliberaler Antrag Wasser- mann vor. Auch beabsichtigt die Regierung mit einem Gesekentwurf hervorzutreten. Immerhin erscheint der Antrag Raab, als das Verlangen eines großen Teiles der deutschen Handlungsgehilfen wichtig genug, um seine wesentlichsten Forderungen zu charakterisieren.

Von Seiten der Socialdemokratie ist bekanntlich gefordert, die Handlungsgehilfen mit ihren gewerblichen Streitigkeiten den Gerichten zu unterstellen und den Bereich der Gewerbegerichte entsprechend auszudehnen. Die bürgerlichen Vertreter im Reichstage waren dafür jedoch nicht zu haben, weil es dem Klasseninteresse entspricht, eine künstliche Scheidung zwischen Handlungsgehilfen und Arbeitern aufrecht zu erhalten. Während nun die Regierung, gleich dem Antrage Wasser- mann, kaufmännische Schiedsgerichte unter Anlehnung an die Amtsgerichte schaffen will, kommt der Raab'sche Antrag unserem Verlangen entgegen. Er will die kaufmännischen Schiedsgerichte unabhängig machen. In solchen Gemeinden, in denen bereits Gewerbegerichte bestehen, sollen deren Einrichtungen für kaufmännische Schiedsgerichte nutzbar gemacht werden, auch soll dann der Vorsitzende des Gewerbegerichts Vorsitzender des kaufmännischen Schiedsgerichtes werden. Nachdem also die antisemitischen Handlungsgehilfen sich aus politischem Hoffe und aus lächerlichem Ständeinstinkt so lange dagegen gesträubt haben, durch Unterstellung unter die Gewerbegerichte, mit den Arbeitern in einen Topf geworfen zu werden, kommen sie jetzt, da sie gezwungen sind, ihre Forderungen gesekmäßig zu formulieren, selbst auf das socialdemokratische Verlangen zurück, weil es eben doch das Beste ist. Denn dieses Raab'sche „kaufmännische Schiedsgericht“ in den Räumen des Gewerbegerichts und mit dessen Vorsitzendem ist ja doch nichts anderes, als die ungenannte socialdemokratische Forderung: Unterstellung unter die Gewerbegerichte und, wo dies in größeren Städten notwendig, besondere Spruchkammern für die kaufmännischen Gewerbegerichtsstellen. Nur ist die Raab'sche Forderung, die dem Ständeinstinkt der Gehilfen schmeichelt, eine wesentliche Verschlechterung unserer Forderung in der Praxis. In Mittelstädten, in denen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Gehilfen nicht so zahlreich sind, wie zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, hätte der Gehilfe vor dem Gewerbegericht rascher sein Recht als vor dem kaufmännischen Schiedsgericht, welches hier, entsprechend der geringeren Zahl von Streitigkeiten, bei weitem nicht so oft tagt als das Gewerbegericht.

Dem Gericht sollen unterstellen alle Handlungsgehilfen und Lehrlinge ohne Unterschied des Geschlechts, wenn der 6. Abschnitt im 1. Buche des Handelsgesekes auf sie Anwendung findet.

Die Besizer sollen zur Hälfte aus Prinzipalen, zur Hälfte aus Gehilfen bestehen. Im übrigen ist das Verfahren bei der Wahl wie bei den Gewerbegerichten. Die Besizer sollen für den Zeitraum von mindestens einem bis zu höchstens sechs Jahren gewählt werden; ein viel zu weit gereicherter Zeitraum.

Ferner sollen die Gerichte auch als Einigungsämter wirken bei allen Streitigkeiten über die Bedingungen oder Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses, also bei Streiks. Schließlich sollen die Schiedsgerichte noch Gutachten über handelsgewerbliche Fragen abgeben können und berechtigt sein, in solchen Fragen Anträge an Behörden und gesetzgebende Körperschaften zu stellen.

Im ganzen zeigt der Antrag Raab, wie die zunächst bekämpften socialdemokratischen Forderungen schließlich auch von unsren Gegnern, wenn auch widerwillig, als richtig anerkannt werden. Aber auch der Antrag Raab wird nur frommer Wunsch bleiben, da die Regierung aus bureaukratischen und arbeiterfeindlichen Gründen die Angliederung der Schiedsgerichte an die Amtsgerichte will.

Die Klassenbewußte Handlungsgehilfenschaft wird deshalb energisch kämpfen müssen, um eine wirkliche Reform zu erzielen.

Frauen als Mitglieder von Konsumvereinen. Sächsische Gerichte hatten entschieden, daß Frauen, soweit sie nicht Handelsfrauen seien, zum Eintritt in einen Konsumverein der Genehmigung des Ehemannes bedürften. Das Oberlandesgericht, das in diesen Streitfällen als Revisionsinstanz angerufen wurde, hat nun entschieden, daß diese Genehmigung nicht erforderlich ist.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Soldaten gegen die Polen.

Posen, 8. Januar. Nach dem „Posener Tageblatt“ wird die Versekung je eines Bataillons Infanterie nach Schrimm und Wreschen erfolgen. — Diese Meldung wird von nahergehender Seite mit dem Hinzufügen bestätigt, daß sofort mit der Errichtung von Baracken begonnen wird, und daß nach Fertigstellung derselben voraussichtlich die Versekung erfolgen dürfte.

Wenn das nicht germanisiert!

Wegen Spionage 4 1/2 Jahr schweren Kerker.

Wien, 8. Januar. (W. Z. B.) Der Gerichtshof verurteilte den ehemaligen Kavallerieoffizier v. Curina wegen Verbrechens der Auspähung zu 4 1/2 Jahren schweren Kerker, verschärft durch einen Hafttag in jedem Vierteljahr und durch Dunkelstrafe und hartes Lager an jedem 1. Februar, sowie zu Verlust des Adels und immerwährende Ausweisung aus Oesterreich. Der Verteidiger Carinus meldete die Nichtigkeitsbeschwerde und Verurteilung gegen das Strafmaß an.

Französischer Parteifreit.

Paris, 8. Januar. (W. Z. B.) Die Vertreter der Alleanistischen Partei sind aus dem Centralomitee ausgetreten, weil dasselbe den Antrag, den Handelsminister Millerand aus der socialistischen Partei auszuschließen, abgelehnt hat.

Eisenbahn-Unfall.

New York, 8. Januar. (Meldung des „New Yorker Bureau“.) Heute vormittag fand in einem Tunnel der New York Central-Eisenbahn bei der 56. Straße und der Park-Avenue ein Zusammenstoß zwischen einem von Norwalk kommenden Personenzug der New York-Rochester-Eisenbahn und einem Lokzuge der New York-Harlem-Bahn, einer Zweiglinie der Central-Eisenbahn statt. Letzterer Zug fuhr auf ersteren auf, die Wagen schoben sich ineinander und die zertrümmerten Wagen gerieten in Brand. Vorläufig sind 28 Tote gezählt, die fast unmerkbar sind, sowie zahlreiche Verwundete aufgefunden worden.

New York, 8. Januar. (W. Z. B.) Nach den letzten Berichten sind bei dem heutigen Eisenbahn-Unfall nur 15 Personen umgekommen.

Gera, 8. Januar. (W. Z. B.) Gestern nachmittag um 5 Uhr entgleiste ein Motorwagen der Strahenbahn und fuhr in die abschüssige Wagasse hinein, wobei ein an der Ecke dieser Straße stehender Dienstrmann überfahren und tödlich verletzt wurde. Mehrere Personen, die nicht rechtzeitig zur Seite springen konnten, wurden mehr oder minder schwer verletzt. Die Fahrgäste des Wagens, dessen Bremse versagte, konnten sich durch Abspringen in Sicherheit bringen.

Paris, 8. Januar. (W. Z. B.) Mehreren Blättern zufolge besigt die von dem verstorbenen Privatmann Thomy Thierz dem Louvre vermachte Gemäldesammlung, die unter anderem zahlreiche Werke von Corot und Millet enthält, einen Wert von über zehn Millionen Franc.

Brüssel, 8. Januar. (W. Z. B.) Der „Soir“ veröffentlicht den Wortlaut des Vertrages, welchen König Leopold als Beschützer des Kongostaates in Paris mit der französischen Regierung abgeschlossen hat. Es handelt sich darin um die Ein- und Ausfuhr von Waren und Rohmaterial zwischen beiden Ländern, die sich gegenseitig die Weisheitsprüfung darüber zugestanden haben. Der Vertrag ist besonders für den Kongostaat von Nutzen und dehnt sich gleichzeitig auf sämtliche französischen Kolonien aus.

Barcelona, 8. Januar. (W. Z. B.) Der Ausstand der Metallarbeiter ist beendet.

Reichstag.

112. Sitzung vom Mittwoch, 8. Januar 1902, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Freiherr v. Thielmann, Müller, Staatssekretär v. Köller, Graf Pofadowsky, Tirpitz.

Präsident Graf Vassekrem eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Die geehrten Herren Kollegen erlaube ich mir beim Beginn des neuen Jahres herzlich zu begrüßen (Bravo!) und den Wunsch auszusprechen, daß dieses neue Jahr ein glückliches und gesegnetes sei, sowohl für unsere gemeinsamen Arbeiten zum Wohle des Vaterlandes als auch für jeden einzelnen von uns. Dies ist mein aufrichtiger Wunsch. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushalts-Etats.

Reichs-Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann:

Als ich im verfloffenen Jahre von der Ungunst der Reichsfinanzen sprach, wurde ich vielfach der Schwarzmalerei beschuldigt. Zu meinem Bedauern habe ich aber damals recht gehabt; die Entwicklung der Verhältnisse hat meine Vorherjage nicht nur bestätigt, sondern die Lage hat sich sogar noch schlechter gestaltet, als man vorhersehen konnte. Der Aufschwung der letzten Jahre des verfloffenen Jahrhunderts hat einer Depression Platz gemacht, die in zahlreichen Bankrotten in die Erscheinung getreten ist. Solche Ereignisse können natürlich auch die Reichsfinanzen nicht unberührt lassen. Das zeigt z. B. ein Vergleich der Finanzlage im letzten Jahreshaushalt vor der Krise mit der jetzigen Situation. Damals, 1895-96 und in den folgenden Jahren waren die Reichseinnahmen in einem erfreulichen Steigen begriffen, das jetzt nicht in diesem Maße anhalten dürfte. Die Zölle und Verbrauchssteuern brachten 1900/01 eine Einnahme von 896 Millionen, das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von mehr als 32 Millionen. Für das laufende Jahr erwarten wir trotz der stattgehabten Erhöhung der Steuern nur eine Gesamteinnahme von 909 Millionen.

(Reichsfinanzler Graf Bälou betritt den Saal.)

Das unerfreuliche finanzielle Ergebnis beruht zum Teil auf einer vorübergehenden Erschütterung der Reform des Postwesens, im übrigen ist der Rückgang durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt.

Hätte die durchschnittliche Steigerung der Einnahmen wie in den letzten sechs Jahren vorgehalten, so hätten wir für 1902 fünfzig Millionen mehr verauslagten können. Bei einer Erhöhung der Matricularbeiträge ist bei der schlechten finanziellen Lage der Einzelstaaten nicht zu denken. Sachien hat bereits einen erheblichen Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben, besonders schlecht ist die Lage in den kleinen thüringischen Staaten. Während wir in den letzten Jahren aus den Zöllen und Verbrauchssteuern höhere Einnahmen erzielen, als wir geschätzt hatten, haben wir für das verfloffene Jahr die Schätzung nicht erreicht. Für 1902 erwarten wir einen Einnahme-Ausfall auch bei der Zuckersteuer. Der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben wird sich, da an eine Erhöhung der Matricularbeiträge nicht zu denken ist, nur durch einen Anleihebedarf von 182 Millionen Markt ermöglichen lassen. Die weiteren Ausführungen des Schatzsekretärs bleiben, da der Redner mit sehr leiser Stimme spricht, auf der Journalistentribüne in ihrem Zusammenhang vollkommen unverständlich. Präsident Graf Vassekrem ersucht die Abgeordneten wiederholt um „etwas mehr Ruhe für den Herrn Schatzsekretär.“

Die ungünstige Lage wird verschärft, so fährt Redner weiterhin aus, durch die vielfach hervorgetretene Arbeitslosigkeit, die bereits eine Anzahl von Kommunalverwaltungen veranlaßt hat, die in Aussicht genommenen öffentlichen Bauten und Arbeiten in beschleunigtem Tempo ausführen zu lassen. Ein erhöhter Ausgabebedarf des vorliegenden Etats betrifft die im Reichstage schon erörterte Gehaltsfrage der Postassistenten. Ueber die Bezüge der Invaliden wird die bevorstehende Interpellation des Abg. Dr. Brendt Gelegenheit geben, zu reden; ich habe aber schon in der verfloffenen Sitzung erklärt, daß der Invalidenfonds bankrott ist, weil er die ihm zugedachten Aufgaben nicht erfüllen kann.

Das Gesamtbild der finanziellen Lage ist ein so unerfreuliches, wie es kaum im vorigen Jahre zu erwarten war. Wir werden schließlich nicht umhin können, auf neue Einnahmequellen zu sinnen, und sollten diese notwendig werden, so dürften jedenfalls Bier und Tabak in erster Reihe in Betracht kommen.

Abg. Graf Stolberg-Berningerode (L.):

Da der Etat vor Weihnachten nicht in erster Lesung erledigt worden ist, was sehr zu mäßigen gewesen wäre, sind wir jetzt gezwungen, der Staatsberatung längere Zeit zu widmen als sonst.

Das wirtschaftliche Leben verläuft fies in einer Wellenbewegung und es ist erwünscht, daß die einzelnen Wellenberge und Täler nicht zu hoch resp. zu tief werden. Der letzte, hinter uns liegende Wellenberg war allerdings sehr hoch und dementsprechend ist das Thal, in dem wir uns jetzt befinden, leider von einer gewissen Tiefe. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise erinnert lebhaft an diejenige im Anfang der 70er Jahre. Fürst Bismarck meinte damals, daß die Krise eine Folge der Freihandelspolitik aus der Mitte der 60er Jahre gewesen sei, welche den Wohlstand Deutschlands untergraben hätte. Durch den Millardenzuschuß sei die Krise damals nur aufgehalten worden. Ich will diese Frage auf sich beruhen lassen. Heute haben wir keinen Millardenzuschuß und die jetzige Krise ist jedenfalls die Folge einer industriellen Ueberschuldung.

Der hinter uns liegende industrielle Aufschwung war zu schnell, zu rasch, als daß die Landwirtschaft ihm hätte folgen können. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung hat die Arbeitslosigkeit in den Städten und Industriezentren und die Unruhen auf dem Lande bewirkt. Beiden Teilen wäre geholfen, wenn man jetzt die überflüssigen Arbeiter der Industrie auf das Land zurückführen könnte. Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Die Krise hat zu einer Reihe von Bankrotten geführt, besonders zum Arch zahlreicher Konsuminstitute. Eine Reform der Aktien-Erziehung würde vor allen Dingen das Publikum mehr als bisher schützen vor schlechter, leichtsinniger oder erlogener Geschäftsführung der Konsuminstitute.

Wenn die Krise vorüber sein wird, läßt sich nicht voraussetzen, daß irgend gewisse Anzeichen dafür, daß wir den Höhepunkt der Depression bereits überschritten haben. Natürlich hat die Krise ihren Einfluß in der Aufstellung des Etats geäußert, und sie mag Veranlassung geben zu einer erneuten Regelung des Verhältnisses der Reichsfinanzen zu denjenigen der Einzelstaaten. Eine Erhöhung der Matricularbeiträge wäre sehr bedenklich und könnte höchstens eventuell von Preußen und Bayern getragen werden. Der Etat weist uns auf Erparnisse hin, und ich glaube, daß alle Parteien des Hauses den guten Willen dazu haben, aber in seinem finanziellen Endeffekt wird auch der größte Wille zu Erparnissen wenig ausreichen. Die Kreis- und Provinzial-Landtage sind beim besten Willen kaum in der Lage, größere Abstriche zu machen, weil sie nicht in das Betriebe der allgemeinen Reichs-Finanzwirtschaft eingegriffen vermögen; die Erparnisse müssen gemacht werden vom Bundesrat oder besser noch vom Reichs-Schatzsekretär im Verein mit dem Reichstag. Wäher aber hat der Reichstag gewöhnlich den Bundesrat zu Mehrausgaben gedrängt. Praktisch werden sich im vorliegenden Etat auch schwer Abstriche machen lassen; selbst die Gegner der Marinevermehrung werden z. B. die Marineforderungen des vorliegenden Etats bewilligen müssen, um nicht die Arbeiten aufzuhalten und dadurch die Arbeitslosigkeit zu verschärfen.

Wir werden an neue Einnahmen für das Reich denken müssen; ich übergebe dabei die Sacharinsteuer, obgleich ich auch wünsche, daß diese kommt, und denke besonders an die Reicheinnahmen, die der neue Zolltarif liefern wird. Wir wissen ja noch nicht, welche Tariffrage und welche Handelsverträge wir bekommen werden, aber wir sind vollkommen einverstanden mit einer Bewertung der Reichserträge zur Witwen- und Waisenversorgung. Abg. Frhr. v. Stumm hat auch vor längerer Zeit die Witwen- und Waisenversorgung als die nächste Etappe der Sozialreform bezeichnet. Sollte aber der Zolltarif nicht zu stande kommen, so müßten wir uns nach anderweitigen Reicheinnahmen umsehen.

Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage ist die günstige auswärtige Lage um so erfreulicher. Vor allem freuen wir uns über das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland.

Die Dreibeereien gegen den Dreibund, die in letzter Zeit sich bemerkbar gemacht haben, werden hoffentlich keinen Erfolg haben. Lebhaft begrüßt haben wir den glücklichen Ausgang des China-Feldzuges. Er hat zwar große finanzielle Opfer erfordert, ich hoffe aber, daß diese sich mit der Zeit verzinsen werden. Wir werden uns damit ja näher in der Budgetkommission beschäftigen können. Den glücklichen Ausgang dieses Feldzuges verdanken wir zunächst unserer diplomatischen Taktik, sodann der sehr geschickten militärischen Oberleitung und dann unseren braven Truppen. Unsere Truppen haben gezeigt, daß sie ebenso auf der Höhe der Situation standen wie 1870/71. (Bravo! rechts.) Die Schnelligkeit, mit der die Expedition formiert und abgeandt wurde, war nur dadurch zu erreichen, daß sich zahlreiche Freiwillige meldeten. Diese erste Probe, die unserer Armee seit 1870 gestellt war, hat sie glänzend bestanden. (Bravo! rechts.) Um so bedauerlicher war es, daß von Zuständigern so grobe Beschuldigungen gegen unsere Truppen erhoben wurden. Diese Beschuldigungen, besonders die bekannten Sunnendriefe haben sich als gefälscht, als grobe Unwahrheiten und Uebertreibungen erwiesen. Aber auch im Auslande hat man grobe Beschuldigungen gegen unsere Truppen erhoben, zwar nicht gegen die des China-Feldzuges, sondern gegen die Truppen von 1870/71. Der Minister eines fremden Staates, Herr Chamberlain, mit dem wir in Friede und Freundschaft leben, hat es für nötig gehalten, gegen das Verhalten unserer Truppen 1870/71 die schwersten Beschuldigungen zu erheben. Im ganzen deutschen Volke, in allen Schichten und Parteien desselben haben diese völlig unmotivierten Beschuldigungen die tiefste Entrüstung hervorgerufen. (Sehr wahr!) Daß diese Entrüstung gerade in Deutschland zum Ausbruch gekommen ist, ist sehr natürlich, denn in keinem Lande der Welt ist die Armee und das Volk so innig miteinander verbunden wie bei uns. (Bravo! rechts.) Wenn wir das deutsche Heer das deutsche Volk in Waffen nennen, so ist das keine leere Redensart, und wer das deutsche Heer beleidigt, beleidigt somit auch das deutsche Volk. (Bravo! rechts.)

Ich komme nun zur geschäftlichen Behandlung des Etats. Wir müssen denselben bis zum 1. April fertig stellen. Geht das nicht, so wird ein Provisorium geschlossen und die Verwaltung geht ruhig weiter als hätten wir den Etat bewilligt. Ein solcher Vorgang, wenn er sich wiederholt, kann aber nur zu einer Verdunkelung unseres Bewußtseins führen. Es könnte schmerzen, als habe dasselbe nur einen dekorativen Charakter. Ich habe mich über diesen Punkt mit Mitgliedern mehrerer Fraktionen verständigt und hoffe, daß es zu einer Einigung kommt. Wenn so viele Etatsartikel überwiesen werden sollen wie bisher, so würde die Kommission ihre besten Kräfte mit der Beratung der einzelnen Etats verenden und es wäre näher keine Zeit für die großen finanziellen Fragen. Hoffentlich wird der nächste Etat ein freundlicheres Bild zeigen, als der diesjährige. (Beifall rechts.)

Reichsfinanzler Graf v. Bälou:

Der Vorredner hat in seinen Ausführungen eine Aeußerung verfaßt, die vor einiger Zeit ein englischer Minister über das Verhalten unseres Heeres in deutsch-französischen Kriegen gemacht hat. Wir werden alle darüber einig sein, und auch alle verständigen Leute in England werden darüber einig sein, daß, wenn ein Minister sich gegen uns richtet, seine Politik zu rechtfertigen — und es kann ja für jeden Minister die Notwendigkeit sich ergeben, seine Politik zu rechtfertigen —, daß er dann wohl daran thut, das Ausland aus dem Spiele zu lassen. (Sehr richtig!) Will er aber doch fremdländische Beispiele heranziehen, dann empfiehlt es sich, mit großer Vorsicht zu thun, sonst läuft man Gefahr, nicht nur mißverstanden zu werden, sondern auch — ohne es zu wollen, wie ich annehmen will und wie ich annehmen muß, nach dem, was mir von der anderen Seite berichtet wird — fremde Gefühle zu verletzen. Das ist aber um so bedauerlicher, wenn es einem Minister passiert gegenüber einem Lande, das mit demjenigen, wie Graf Stolberg mit Recht hervorzuheben hat, stets gute und freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat, deren ungetrübte Fortdauer gleichmäßig dem Interesse beider Teile entspricht. (Sehr wahr!) Es war durchaus begreiflich und vollkommen in der Ordnung, wenn in einem Volke, das mit seinem ruhmvollen Heere so innig verwaht ist, wie das deutsche Volk — auch dieses hat mit großem Recht der Herr Vorredner betont, — das allgemeine Gefühl sich auflehnte auch gegen den Verluh und selbst gegen den Schein, den heroischen Charakter und die sittliche Grundlage unserer nationalen Einheitstämpfe zu entstellen. Das deutsche Heer steht aber viel zu hoch und sein Wappenschild ist viel zu blank, als daß dieselben durch solche oder ungeredete Urtel bekräftigt werden könnten. (Bravo!) Von so etwas gilt dasselbe, was Friedrich der Große einmal sagte, als man ihm von einem Kame sprach, der ihn und die preussische Armee angegriffen hatte: „Laßt den Mann gewähren und reht Euch nicht auf, er beißt auf Granit!“ (Weiterkeit.)

Kann hat aber der Vorredner auch vom Dreibund gesprochen. Er hat mit Recht hervorgehoben, daß es immer gewisse Leute gegeben habe, die von dem Wunsche erfüllt waren, den Dreibund zu begraden. Es hat auch seit lange Leute gegeben, die sich von Zeit zu Zeit begraden wollten, den Dreibund totzusagen. Nun erhebt sich der Dreibund aber noch immer des besten Wohlleins, und ich denke und hoffe: es wird ihm so gehen wie solchen Personen, die fälschlich totgefragt werden und nun erst recht lange leben. (Weiterkeit.) Ueber die Natur und die Art, das Wesen des Dreibundes bestehen ja vielfach unzutreffende Vorstellungen. Der Dreibund ist nicht eine Erwerbsgenossenschaft, sondern er ist eine Versicherungsgesellschaft. Er ist nicht defensiv, sondern defensiv, er ist nicht aggressiv, sondern er ist in hohem Grade friedlich. Graf Stolberg hat eben gesagt, der Dreibund beruhe nicht auf einer künstlichen Kombination. Das ist vollkommen richtig, historisch gesprochen; denn der Dreibund ist die Verkömmerung zwischen den nationalen Erwerbsgenossenschaften, die aus den Kämpfen der 60er und 70er Jahre hervorgegangen sind, und jenen Principien der Stabilität, die nach Beendigung der napoleonischen Kriegesstürme auf der Basis der Wiener Verträge Europa während eines halben Jahrhunderts den Frieden gesichert haben. Der Dreibund verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und sichert die Zukunft. Der Dreibund schließt auch gute Beziehungen seiner Teilnehmer zu anderen Mächten nicht aus, und ich halte es nicht für richtig, wenn in den letzten Tagen ein kleiner, übrigens nur ein sehr kleiner Teil der deutschen Presse anfänglich der französisch-italienischen Abmachungen eine gewisse Unruhe an den Tag gelegt hat. In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau auch mit einem andern eine unglückliche Ertration tanzt. (Große Heiterkeit.) Die Frau wird ihn nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat. (Weiterkeit.) Der Dreibund legt seinen Teilnehmern keinerlei Lasten oder Verpflichtungen auf; insbesondere wird durch den Dreibund keiner der Teilnehmer verpflichtet, seine Land- oder Seestreitkräfte auf einer bestimmten Höhe zu erhalten. Es steht jedem Teilnehmer am Dreibund frei, seine militärischen und maritimen Streitkräfte zu reduzieren, wann er will und wie er will. Ich möchte sogar annehmen, daß ohne den Dreibund dieser oder

jener Teilnehmer am Dreibund in der Isolierung zu stärkeren militärischen Anstrengungen und Anwendungen genötigt sein würde als jetzt, wo er Mitglied einer staatlichen Gruppe ist. Die französisch-italienischen Abmachungen über gewisse Mittelmeerstrassen gehen gar nicht gegen den Dreibund. Sie liegen überhaupt gar nicht auf dem Dreibundgebiet. Im übrigen können wir die Weiterentwicklung der Dinge mit um so größerer Ruhe betrachten, als die Lage doch heute eine wesentlich andere ist als 1870, als damals, wo Fürst Bismarck mit dem Grafen Andrassy im deutsch-österreichischen Vertrage die Grundlage zum Dreibund legte. Damals trieben wir doch nur europäische Politik, die Kombination ging nicht über das Mittelmeer-Becken hinaus. Heute umspannt die Politik aller großen Mächte den ganzen Erdball. Ich glaube, daß es kaum eine Zeit in der Geschichte gegeben hat, wo wie jetzt, gleichzeitig so viele mächtige Reiche existierten. Daraus entwickelt sich, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein System der Gegengewichte, welches naturgemäß auch ohne besondere Verabredungen hinführt auf die Erhaltung des Weltfriedens. Er giebt keine Macht mehr in Europa, die, wenn sie sich nach einer Seite wendet, sich nicht gegen die andere wendet; was geschieht hinter meinem Rücken; überall kann man schließlich die Augen nicht haben. 1870 waren der große Staatsmann Fürst Bismarck und der große Feldherr Graf Moltke darüber einig; daß Deutschland sich einrichten müsse auf die Gefahr, die damals vielleicht nahe Gefahr eines großen europäischen Krieges. Heute ist die Situation eine weniger gespannte, das hat verschiedene Ursachen. Zunächst hat es entschieden beruhigend gewirkt, daß Deutschland seit 30 Jahren eine stetige Friedenspolitik getrieben hat. Vor 30 Jahren war die Ansicht noch ziemlich verbreitet, daß das Deutsche Reich, welches in großen Kriegen zusammengeschweißt war, eine kriegerische Politik treiben würde, ähnlich wie sie das napoleonische Kaiserreich zweimal getrieben hat. Zu diesem Argwohn, diesem Mißtrauen lag insofern eine gewisse Kriegsgefahr, als sich unversöhnliche Gegner des Arguments bedienten konnten und wohl auch ab und zu bedient haben, zu sagen: Wenn wir nicht einen uns passenden Augenblick benützen, um das Deutsche Reich anzugreifen, so laufen wir Gefahr, daß das Deutsche Reich in einem ihm genehmen Moment über uns herfällt. Dieses Argument läßt sich heute nicht mehr anwenden, denn an Gelegenheiten, mehr oder weniger umbringende Kriege und noch dazu in ganz guter Gesellschaft zu führen, daran hat es uns seit 30 Jahren nicht gefehlt. Wenn heute irgend jemand von einer kriegerischen Politik des Deutschen Reichs oder des deutschen Kaisers sprechen würde, so würde eine solche Verleumdung glatt zu Boden fallen. (Sehr gut! rechts.) Denn jeder, der sich mit Politik beschäftigt, weiß, daß wir absolut friedlich sind.

Dann aber erstreden sich die Ziele der heutigen Weltpolitik auf Gegenden, auf Objekte, die sehr weit entfernt von Deutschlands Grenzen liegen, ich nenne in dieser Beziehung beispielsweise die Nordküste von Afrika, Persien, Ostasien. Wenn somit der Dreibund für uns nicht mehr eine absolute Notwendigkeit ist, so bleibt er doch im höchsten Grade wertvoll als verstärkte Garantie für den Frieden und für den status quo auch abgesehen davon, daß er ein sehr nützliches Bindemittel zwischen Staaten, die durch ihre geographische Lage, ihre historischen Traditionen darauf angewiesen sind, gute Nachbarschaft zu halten. Wenn das so sieht, damit will ich schließen, so müssen wir Deutschland auch weiter so stark erhalten, daß, wie jetzt, unsere Freundschaft für jeden wertvoll, unsere Feindschaft für niemand gleichgültig ist. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationaliberalen.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

(Die Unruhe im Hause ist nach der Rede des Reichsfinanzlers so groß, daß die ersten Sätze des Redners verloren gehen.) Troz der allseitig zugestandenen unglücklichen Finanzlage zeigt der Militär- und Marine-Etat das übliche Wachstum. Wenn man sparen will, hier wäre die Gelegenheit zum Sparen. Die Bundesstaaten erreichen diesmal durch den Reichsetat ein Ranko von 23 Millionen. Es ist begreiflich, daß die Minister der Einzelstaaten diese finanzielle Unsicherheit sehr schwer empfinden. Der sächsische Finanzminister hat das Reich als lästigen Kostgänger der Einzelstaaten bezeichnet. Nun ichden wir freilich die Finanz-Bedeutung des Herrn v. Wagdorf nicht besonders hoch ein, und wenn er die sächsischen Agrarier nicht als Kostgänger sich groß gezogen hätte, dann hätte er nicht nötig, sich über die erhöhten Kostgänger des Reiches zu beklagen und würde nicht die Klagen Jeremia über das Reich anzustimmen haben. Der Vorredner aus dem Hause hat darauf hingewiesen, daß durch die erhöhte Inanspruchnahme der Einzelstaaten durch das Reich die partikularistische Bestimmung znehmen müsse. Nun, der Partikularismus entpuppt nicht in erster Linie diesen finanziellen Verschwendungen, er ist eine Reaktion zum Teil der besten Elemente in den Einzelstaaten gegen die preussische Vielkhaude, gegen die aus Berlin in die Einzelstaaten eindringende Reaktion. (Sehr gut! bei den Soz.) Greifbare Vorschläge hat der Schatzsekretär nicht gemacht. Er spekuliert offenbar auf die 150-200 Millionen Ueberschüsse, die aus den erhöhten Getreidezöllen regelmäßig in die Taschen des Reiches fließen sollen. Denn daß aus diesen Ueberschüssen eine Witwen- und Waisenversorgung für die Arbeiter errichtet werden soll, glauben die Herren im Centrum doch wohl selbst nicht. (Choi! im Centrum.) Sie können es schon deshalb nicht glauben, weil eine solche große sozialpolitische Aufgabe nicht auf die unsichere Basis schwankender Zollüberschüsse gestellt werden darf. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Zu letzter Zeit hat der Staatsrechtler Loband ja auch staatsrechtliche Bedenken in dieser Richtung geltend gemacht. Darauf brauchen wir uns gar nicht einzulassen, das einfachste für uns ist, den Zolltarif abzulehnen und damit auch die Erhöhung der Getreidezölle.

Dem vorjährigen Etat war eine schriftliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage vom Schatzsekretär beigegeben. Bei dem diesmaligen hat sich der Schatzsekretär auf eine mündliche Darstellung beschränkt. Er hatte ja auch einen guten Grund hierfür, denn eine wahrheitsgemäße Darstellung der Arbeits- und Erwerbsverhältnisse unseres Landes wäre für ihn sehr unangebracht, wenn man daran ist, der Volkswirtschaft einen Stoß zu versetzen durch höhere Getreidezölle. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Würde die Regierung eine solche Darstellung der wirtschaftlichen Lage geben, so würde sie uns das beste Propagandamittel gegen ihren Zolltarif in die Hand geben. Wir würden dafür sorgen, diese Darstellung im ganzen Volke zu verbreiten — so etwas machen wir auch ohne 12000 Mark Subvention — (Choi! rechts. Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Vielleicht aber hat der Herr Schatzsekretär deshalb diese Darstellung nicht gegeben, weil er damit eine Art ästhetischer Armelente-Kunst getrieben hätte, die oben ja nicht sehr beliebt ist. (Weiterkeit links.)

Das Jahr 1901 ist so recht eigentlich das Krisenjahr. Wie haben sich die Herren in ihren Prophezeiungen gefehlt, wie hat bei der letzten Plottenvorlage der Schatzsekretär noch erklärt, daß ihre Kosten aus den regelmäßigen Reichseinnahmen allein gedeckt werden würden, wie haben nicht die Abgg. Wassermann, Sattler von diesem Aufschwung gesprochen. Für ihre falschen Prophezeiungen haben die Herren ja eine gewisse Entschuldigung, denn gerade vor einer Krise beurteilt man die wirtschaftliche Lage immer am günstigsten. Aber die Hypertrophie ist gerade das sicherste Anzeichen, wenn man vor einer Krise steht. Seit den 70er Jahren haben wir eine eigentliche Krise nicht mehr gehabt. Remunerationen Prozent der Bevölkerung leben in den allererdesten, schlechtesten Verhältnissen. Sie können die produzierten Waren nicht aufkaufen, während andererseits die Fabrikanten die in ihren Lagern aufgeschauften Waren nicht los werden können. Das sind die Widersprüche der kapitalistischen Pro,

Duktionweise. Bestehende und Bestehende stehen sich wie zwei fremde Nationen gegenüber. Der wirtschaftliche Aufschwung, der dieser Krise voranging, war so überraschend und so bedeutend, wie er noch nie bei einem Volke beobachtet worden ist. Eisenbahnen, Seeschiffahrt, Post und Telegraphie reden in ihren Statistiken eine herrliche Sprache, der Umfang der Bonen ist kolossal gestiegen, weil die Finanzverwaltung des Reichs eine kolossale Ausdehnung erfahren hat. Es ist vorhin von den Auswüchsen des Börsenspiels gesprochen worden. Mit kleinen reaktionären Maßnahmen werden Sie da nichts erreichen. Freilich, die Staatsaufsicht hat total versagt, sie hat nur das Publikum in falsche Sicherheit gewiegt. (Sehr richtig! links.) Ich meine, wer die kapitalistische Ordnung will, der muß auch diese kleinen Börsenauswüchse mit in den Kauf nehmen. Auch die Defraudanten gehören zur kapitalistischen Ordnung. Wären die Herren nicht zufällig gefaßt worden, sie würden weiter als Stützen der Gesellschaft fungieren. (Sehr wahr! links.)

Die Syndikate haben sich als sehr schädlich erwiesen. Das Kohlenyndikat hat mit der Dinaufhebung der Preise kolossale Volksausbeutung getrieben. Allgemeinen Unwillen hat die Methode der Syndikate erregt, einmal die Förderung einzuschränken, andererseits aber den Export weiter zu forcieren. Diefelben Leute, die von dem Schanz der nationalen Arbeit sprechen und die am liebsten den deutschen Arbeiter mit Zucht auszuweisen mebeln möchten, sie unterstützen die ausländische Industrie mit billiger Kostenslieferung und der Staat hilft ihnen auch noch dabei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dabei haben die Syndikate einen Terrorismus geübt, der alles übertrifft, was je Arbeiter an Ausschreitungen geleistet haben.

Ähnlich unheilvoll haben gewisse Elemente der Hochfinanz gewirkt. Ich erinnere an jenen Herrn, der dem Oberhofmeister der Kaiserin, Herrn v. Witzbach, nahe stand und an den Wahlspruch: „Ehrlich im Handel, christlich im Wandel!“ Allen diesen Leuten gewährt die korruptierte bürgerliche Presse Unterstützung. In der Kommission für das Börsengesetz erklärte ein Redakteur der „Kreuzzeitung“, daß regelmäßige Gratifikationen an die Börsenvertreter der Zeitungen durchaus gang und gäbe seien. Es war deshalb sehr anerkennenswert, daß ein Berliner Schriftsteller, Herr Georg Bernhard, sich das Verdienst erwarb, bei dieser Gelegenheit gründlich aufzuräumen. Es war sehr schön, daß in Dresden ein Fälschermest ausgenommen werden konnte, wobei die ganze bürgerliche Presse, vom „Regierungsblatte“, dem „Dresdener Journal“, bis zu den unqualifizierbaren „Dresdener Neuesten Nachrichten“, auf einer Linie der Korruption stand. Diese Dresdener Enthüllungen haben uns einen Haß eingetragen, der für uns etwas sehr Ehrendes hat. Von einer Verfolgung der bürgerlichen Redakteure aber, die sich gegen das Börsengesetz vergangen hatten, ist nicht die Rede, sondern der Dresdener Staatsanwalt lehnte dies mit einer Begründung ab, die an Keivität nichts zu wünschen übrig ließ. Auch darauf, daß einer der betreffenden Redakteure Beamtenqualität hatte, wurde nicht weiter eingegangen.

Neben der Presse trägt besonders die durch das Aktiengesetz geschaffene Institution der Aufsichtsräte die Hauptschuld an diesen Zuständen. Es hat sich eine förmliche Industrie der Aufsichtsräte herausgebildet; manche Leute scheinen es als ihren Lebensberuf zu betrachten, nur noch Aufsichtsrat zu sein. Einzelne Herren sind zugleich in 5, 6 großen Bergwerks-Gesellschaften Aufsichtsräte. Unter den Virtuosen der Aufsichtsrats-Thätigkeit erreicht wohl den Rekord ein Herr Kommerzienrat Hahn in Dresden mit einer 24fachen Aufsichtsrats-Thätigkeit. Die Tantiemen dieser Herren sind natürlich meist außerordentlich hoch, und es hat einen gewissen Hauch göttlich, wenn z. B. bei Säuerli in Nürnberg die Herren sich Tantiemen bewilligen, bevor noch eine Dividende festgesetzt ist. Besonders bedenklich ist die Verquickung von Aufsichtsrats- und politischer Thätigkeit. Es giebt Schuldirektoren, die nicht nur preussische Abgeordnete und Stadtvorordnete, sondern auch noch Aufsichtsräte sind; Mitglieder von Bergbehörden sind zugleich Aufsichtsräte von Privatgesellschaften. Wie leicht können hier Privatinteressen mit den Interessen des Staates kollidieren! Den Einfluß solcher Herren charakterisiert sehr gut ein Ausspruch, den mir gegenüber Kollegen, Redakteure in Weidau und Chemnitz gethan haben: „Vieles zweimal den Herrgott und dreimal den deutschen Kaiser beleidigen, als einmal einen Bergwerks-Direktor. Ganz anders liegen die Verhältnisse z. B. beim Plagwitzer Konsumverein. Dort beziehen die Aufsichtsräte, die jährlich 200 Sitzungen mitzumachen haben, dafür die Summe von 400 M. Die Gesetze des Bourgeoisstaates sind natürlich auf solche kapitalistische Auswüchse eingerichtet. Das erklärt das laue Verhalten der Justiz gegenüber den wirtschaftlichen Krisen. Diese Krisen führen, wenn sie auch zunächst zahlreiche Arbeiter schwer schädigen, doch zweifellos zu einer Konzentration des Kapitals.“

Die Bourgeoisie freilich sucht sich in schlechten Zeiten stets auf andere Weise zu salivieren. Die Steuerveranlagungs-Kommissionen weisen für das letzte Jahr ganz enorme Steuerhinterziehungen nach. In einem laufender Verzeil betragen diese 35,8 Proz. des ganzen Steuerfolls. Der Notstand der Arbeiter ist besonders groß in Berlin, Dresden, Nürnberg und anderwärts. Auch Berliner Pastoren haben ja anerkannt, daß die Not sehr hoch gestiegen sei, die Fabriken nahmen Arbeiter-Entlassungen und Lohn-Reduktionen vor. Gleichzeitig sonden starke Mietssteigerungen statt. Jetzt wäre doch für die Regierung die Zeit einer Sozialpolitik großen Stils gekommen. Graf Bülow hat ja bei der Enthüllung des Wisnars-Deutmals die dauernden Interessen der Volkswirtschaft, die Salus publica, als sein Ziel hingestellt. Jetzt böte sich dazu Gelegenheit, aber die Regierung scheint noch immer der Meinung des inzwischen ausgeschiedenen Herrn Vredend zu sein, daß die Lage der arbeitenden Massen mehr als befriedigend sei. Weit im Rückstand ist sie mit fast allen Aufgaben des Arbeiterschutzes, der Arbeitslosenvervielfachung, dem Bau- und Bergarbeiter-schutz, der Wohnungsfürsorge, der Witwen- und Waisenernährung, dem Arbeiter-schutz im Gast- und Schankgewerbe usw. Im vorliegenden Etat sind die Aufwendungen für sozialreformerische Zwecke wieder sehr gering. Der aktuelle Notstand besteht aber fort trotz aller Versicherungen des Herrn v. Meylich. Zu Halle a. S. war ja auch eine Konferenz von hervorragenden Industriellen und Beamten der Provinz Sachsen unter Herrn v. Bötticher veranstaltet, um über die Lage zu beraten. Dort leugneten alle Beamten den Notstand, während die Industriellen ihn zugaben. Der größte Arbeitgeber des preussischen Staates, Herr v. Thielen, ist sofort bei Eintritt der Krise der sinkenden Tendenz der Löhne gefolgt, obgleich sich die Eisenbahnbeamten-Löhne schon im allgemeinen unter dem Durchschnitt halten. Reich und Staat haben sich fast überall gegenüber der Arbeitslosigkeit völlig passiv verhalten. Ja, die Einzelstaaten erschweren durch polizeiliche Chikanen entgegen dem Vereins- und Versammlungsgesetz das Koalitionsbestreben der Arbeiter und damit ihr Streben nach sozialer Besserung. Selbstverständlich steht auch hier der Musterstaat Sachsen in erster Linie. Bei dem ausgehenden Wabarbeiter-Streik erließ der Amtshauptmann von Dresden eine Verfügung, das sog. Streikposten stehen oder „jede dem ähnliche Handlung“ sei mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Gefängnis bis zu 14 Tagen zu bestrafen. Ich glaube nicht, daß der Amtshauptmann diese Verfügung, die der Rechtspflege des Reichsgerichts widerspricht, in dem guten Glauben an ihre Rechtsgültigkeit erlassen hat, sondern man wollte einfach die soziale Bewegung der Arbeiter schädigen. Dazu kam, daß alsbald in der Fabrik von Siemens in Dresden ein polizeiliches Überwachungs-bureau eingerichtet wurde. Im vorigen Sommer gab sogar ein höherer sächsischer Arbeiter mir gegenüber zu, daß ich mit der Kritik der Verhältnisse im Glauensgrunde bei Dresden und in den sächsischen Glasfabriken recht habe. Das System der schwarzen Listen wird in sächsischen Fabriken mit großem Raffinement geübt,

wie es ja auch auf der kaiserlichen Werk in Kiel üblich ist. Eine schwarze Liste der Kieler Werk zählt nicht weniger als 51 Leute auf, die der Entlassung würdig seien.

Nach dieser Liste soll ein Mann, der dort 27 Jahre beschäftigt war, wegen seines schlechten Augenlichts entlassen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei anderen Arbeitern ist vermerkt: „Ist oft krank“, „soll nichtträchtig sein“ usw. Auch das Wort „Freiheit“ spielt eine große Rolle. Das sind Zustände auf einem Betriebe, der muster-gültig sein sollte! Der Staat sollte im Interesse einer gesunden Arbeiterpolitik lieber bestrebt sein, die ausländischen Arbeiter zum Eintritt in die deutschen Gewerkschaften zu veranlassen. Dadurch würde die Gefahr der Lohnrückbildung, die besonders in den Grenzgebieten den Arbeitern stets von der Konkurrenz der Ausländer droht, paralysiert, indem die Lebensansprüche der ausländischen Gewerkschaftsmitglieder erhöht werden. Das wäre auch die beste Germanisierungspolitik, die die Regierung gegenüber Polen und Dänen betreiben könnte. Von demselben reaktionären Geist wie die Regierung sind Großindustrie und Handel vielfach gegen die Arbeiter erfüllt. Die Dortmunder Handelskammer schrieb in einer Betrachtung über die neue Gewerbe-gesetz-Novelle: Was bei einem Beamten schwere Disziplinarstrafen und Dienstentlassung nach sich zieht, was beim Militär mit Erschießen bestraft wird, das sollen die Arbeiter ruhig thun können, sie sollen weiterhin das Recht haben, ihren Vorkämpfern vorzuschreiben, unter welchen Bedingungen er sie beschäftigen kann.

Hand in Hand mit diesem ganzen reaktionären Geist geht der immer anwachsende Absolutismus. Der überall hervorbricht, ob es sich um die Statuierung einer böhschen Kestheit, um den Fall Spahn oder um das Verhältnis des Landesherrn zur Stadt Berlin handelt. Immer müssen wir in all diesen Fällen fragen: Wo bleiben eigentlich die Minister? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kadavergehorsam, zu dem die Bourgeoisie unter diesem absolutistischen Geist erogen wird, hat sich so recht in der Affaire des Generals v. Spitz gezeigt, vor dem die Kriegervereine den Gefühlsstotum machen mußten. Allein als Emanation dieses absolutistischen-militaristischen Geistes haben auch die Affären in Würzburg, in Jüterbog so sehr die öffentliche Meinung erregt. Was verließ der Gumbinner Affaire ihre Bedeutung? Die fortgesetzten Verhöre der Militärärzte gegen das Gesetz. Der militaristische Geist befindet sich eben im latenten Kriegszustand mit den bürgerlichen Anschauungen und Gesetzen. Aus diesem Geiste stammen auch die fortgesetzten Soldatenmishandlungen. Was es mit dem militaristischen Ergeßnis, das ja etwas ganz besonderes sein soll, bestellt ist, das hat die Anstellung des früheren bayerischen Hauptmanns v. Jellisch in der preussischen Armee besonders deutlich gezeigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Mann hatte sich durch fortgesetzte Soldatenmishandlungen in China so unendlich gemacht, daß er nicht mehr wagte, vor seine Compagnie zu treten, weil er mit eignen Ohren hören mußte, daß die nächste Kugel ihm gelten sollte. Uebrigens ein glänzendes Zeugnis für die Tapferkeit dieses Herrn. Als nun von Jellisch nach seiner Rückkehr von China wieder in die bayerische Armee eintreten wollte, wurde ihm die Wiederaufnahme verweigert. Der bayerische Kriegsminister von Wich erklärte im Landtage, er verzichte auf die Dienste dieses Herrn. Das hinderte aber den preussischen König nicht, Herrn v. Jellisch mit dem roten Adlerorden auszuzeichnen, ja noch mehr, vier Wochen nach der Debatte im bayerischen Landtage wurde durch Patent vom 28. November vorigen Jahres Herr v. Jellisch in der preussischen Armee als Hauptmann angestellt, und da in Preußen die Avancementverhältnisse günstiger sind als in Bayern, wird er voraussichtlich noch schneller Major werden als es ihm in Bayern möglich gewesen wäre. — Ein weiterer Ausfluß des militaristischen Geistes sind ja auch die Duelle. Gegen diese wird mit gelegentlichen Kaiserreden nicht viel ausgerichtet. Erst vor kurzem soll ja der Kaiser in Potsdam eine Rede gehalten haben. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballekrem: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, Neben Sr. Majestät, die nicht im „Staats-Anzeiger“ gestanden haben, hier nicht in den Bereich Ihrer Erörterung zu ziehen.

Abg. Dr. Südekum (fortfahrend):

Im „Staats-Anzeiger“ hat diesmal nur das Demenst gestanden, daß diese Rede nicht gehalten worden sei. — Nun ist erst neuerdings wieder ein Duellfall in Jena passiert, es war ja zu erwarten, daß auch dies System des Militarismus zu seinem Jena kommen mußte.

In enger Verbindung mit der herrschenden Reaktion stehen die Ausschreitungen des Polizeigeistes. Erst vor kurzem haben wir in Berlin wieder furchtbare Verbrechen der Polizei beobachtet, durch Spittel Veräter zu schaffen und ehrliche Arbeiter zu Schurkenstreichen zu veranlassen. Die Verfolgung unserer „Weihnachts-Feitung“ ist die neueste That dieses Polizeigeistes, die allerdings noch übertrumpft wird durch die eines Richters, der meinte, die „Weihnachts-Feitung“ müsse unterdrückt werden, denn in ihr sei eine Agitation gegen die zollpolitischen Maßnahmen der Regierung enthalten. Dieser Mann hat allerdings erlirnt, wo unsere Regierung der Schuh am meisten drückt. Polizeilichkeiten und mögliche Anhebung der Preise geht ja immer Hand in Hand. In eine Aufhebung des fliegenden Gerichtsstandes, die die große Mehrheit des Reichstages gefordert hat, denkt man heute schon gar nicht mehr. Wie kann auch Wohlwollen gegen die Presse aufkommen, bei einem System, das einen Fall Vredendeb hat entstehen lassen. Dieser Fall hat Enttäuschung und Abscheu in der ganzen Journalistenwelt erregt auch in Kreisen, die mit der Sozialdemokratie in gar keiner Verbindung stehen. Der Brief des Redakteurs Vredendeb, der schildert, wie er gefesselt gleich einem gemeinen Verbrecher am hellen Tage durch die Straßen und schließlich bei seiner Mutter vorbeigeführt wurde, hat kulturhistorische Bedeutung.

Unsere innere Politik ist mit diesen Thaten genügend gekennzeichnet, auch in Bezug auf die auswärtige Politik können wir nicht im geringsten in das Lob des Grafen Stolberg einstimmen. Von einem erfreulichen Ausgang des China-Abenteuers kann man wirklich nicht sprechen. Mit der dekorativen Ausgestaltung der Rückkehr des Grafen Baldersee war es insolge der Landestramer auch nicht. Das China-Abenteuer hat für uns mit einem erheblichen Deficit abgeschlossen und der Schädigung unserer Reputation im Ausland. (Widerpruch rechts.)

Die Niederwerfung der Chinesen ist nicht erreicht worden. Die Kaiserin ist ja erst in den letzten Tagen wieder in Peking eingezogen. Gelitten hat unser Prestige durch den ganzen Chinafeldzug, besonders auch durch die Sühnemission, bei der Deutschland eine wahrhaft ungläubliche Wamage erlitten hat, wie man im Volksmunde sagt, gründlich hinweggeschliddert ist. (Große Heiterkeit.) In Vofel stodie die Affaire, der Telegraph spielte nach allen Richtungen, und es kam schließlich heraus, daß die Regierung nachträglich ganz andre Forderungen an den Sühnepreuzen gestellt hatte, als diesem bei seiner Abreise in Peking bekannt waren, nämlich den unsterblich gewordenen Kotau. Wer diesen Kotau schließlich gemacht hat, ist freilich eine andre Frage. Der Sühnepreuz hat sich jedenfalls recht aus der Affaire gezogen; die Situation für ihn war auch recht günstig, denn die Ankunft des Jaren stand bevor, und so mußte man sich in Berlin entschließen, von den nachträglich gestellten Forderungen wieder Erhebliches nachzulassen. Ich bin in die Geheimnisse des Discremoniealls nicht so eingeweiht, um das Maß der Strafe voll zu würdigen, welche darin bestand, daß der Prinz zuerst nur kurz gekräftigt wurde und erst, nachdem er erkrankt war, die preussischen Grenadiere vor ihm ins Gewehr traten. Graf Baldersee hat in China nicht die Rolle gespielt, die ihm von seinen Lobrednern zugeschrieben wurde.

Am bedenklichsten erscheint mir die Wegnahme der Pflinger Instrumente. Es ist zugegeben worden, daß sie nicht zweifelsfrei erworben wurden. Man hat sie auch schließlich der chinesischen Regierung wieder zur Verfügung gestellt;

diese schenkte aber die hohen Transportkosten und hat sie uns überlassen. Ist es schon bedenklich, Kanonen, die zweifellos der Regierung und nicht den Bogern gehört haben, nach Deutschland zu überführen, so ist die Beschaffung der kulturhistorischen Instrumente sehr bedenklich. Kein Ausdruck für dieses offizielle Sunnentum ist zu Karf. Ich habe mich in der Seele geschämt und nicht geglaubt, daß unsere verantwortliche Stelle diese Wegnahme gutheißen würde, die uns mit dem napoleonischen Hortentum auf eine Stufe stellt. Ich begreife nicht, wie man den Chinesen zumuten konnte, das, was man ihnen geraubt hatte, auf ihre Kosten zurückzusenden.

Graf Bülow hat von dem Dreibund gesprochen, aber nicht davon, daß durch die Zerstückung der wirtschaftlichen Grundlagern der Dreibund leiden muß. Er hat den Dreibund als eine Ehe hingestellt, er ist doch aber nur ein dreieckiges Verhältnis. (Große Heiterkeit.) Daß übrigens mit dem Auslande nicht alles so in Ordnung ist, wie Graf Bülow es darstellt, daß unsere Beziehungen zu Rußland und Oestreich durch die Dreschener Vorgänge getrübt sind, ist allgemein bekannt.

Was ich vermisse, ist ein Protest unserer Regierung gegen die englischen Unthaten, ein Protest, daß sich England einfach über Abmachungen der Haager Friedenskonferenz hinweggesetzt hat. England hat kein Recht, sich auf frühere Kriege zu berufen. Unter Nero sind gewiß noch viel ärgere Grausamkeiten verübt worden. Wir sind weit entfernt, den Wert guter Beziehungen zu England zu unterschätzen. Wir verlangen aber vor allem von unserer Regierung eine Stetigkeit ihrer Politik, die jetzt nicht vorhanden ist. Der Konflikt, der durch die Beziehungen unserer höchsten Kreise zu England in unserem Volke entstanden ist, hat die deutsche Regierung offenbar recht unsicher gemacht. Man könnte es sonst nicht verstehen, daß sie den Versuch der Neutralität, wie er in dem Remontenaufbau in Ostpreußen, in der Lieferung von Kanonen und Draht für die Konzentrationlager zum Ausdruck kommt, einfach ignoriert. Die Entziehung gegen die bekannte Chamberlains-Neuerung ist ja sehr wohlfeil. Den Alldeutschen aber möchte ich sagen, wer so gegen Unterdrückung fremder Nationen ist, der sollte das auch in eignen Lande thun.

Also auch das Bild der auswärtigen Politik ist kein erfreuliches. Unser Prestige hat gelitten und die treue Freundschaft des Sultans und des Fürsten von Monaco ist dafür kein Äquivalent. (Große Heiterkeit.) Der Präsident Graf v. Ballekrem hat einmal gesagt, die Regierungen haben immer Vermiss. (Heiterkeit.) Es war eine seiner fremdsprachigen Bemerkungen, die lakonierend wirken wie eine Flasche Selterwasser auf den Aufgeregten. Aber für die erste Politik hat dieser Satz doch keine Geltung. Ich meine: unsere Regierung hat nicht immer Vermiss. Unse innere wie äußere Politik ist ein Gemängel von Zufälligkeiten, von plötzlichen Aufwallungen, von hochschreienden Sand Dampflithaten und in Verfolg davon eine Häufung von empfindlichen Vlamagen. Soviel Agitationsstoff, wie uns jetzt die Regierung liefert, haben wir noch nie gehabt; aber vom Standpunkt des Allgemeinwohls bin ich berechtigt, der Regierung unser Mißtrauen auszusprechen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bayerischer Militärbevollmächtigter v. Endres: Der Vordredner hat gegen einen Offizier den Vorwurf der Feigheit erhoben. Dagegen muß ich einwenden protestieren. Der Vordredner ist noch viel zu jung (Oho!-Rufe bei den Sozialdemokraten), ich sage ist noch viel zu jung. Er hat unsere große Zeit nicht miterlebt. In der Affaire Jellisch besteht zwischen der bayerischen und preussischen Regierung eine Differenz, aber bei unfer Kameradschaft auf Leben und Tod kann die Verschiedenheit der Anschauung in einem einzelnen Falle kein größeres Gewicht beanspruchen. In der Erziehung der Mannschaft zu Lust und Sitte sind wir vollständig einig. Wir haben eben bei uns eine gewisse Freiheit der Anschauungen; unsere Regierungen können in solchen einzelnen Fragen verschiedener Anschauung sein. Wir bedrohen uns nicht gleich mit dem Hinansfliegen. (Heiterkeit.) Wenn die Sozialdemokratie der bayerischen Regierung im Fall Jellisch recht giebt, so denke ich dabei immer an einen Spruch aus der Schulzeit: Quisquid i dicit, timoo Danaos, et dona ferendes. (Heiterkeit.) Ich fürchte die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen.)

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt gegenüber einer Aeußerung des Abg. Dr. Südekum, daß sein deutscher Panzerplatten-Fabrikant an Amerika Schiffsplatten verkauft habe, daß er also auch an Amerika nicht billiger habe liefern können, wie an Deutschland. Wichtig ist nur, daß amerikanische Fabrikanten, die das Kruppische Patent erworben haben, der amerikanischen Regierung billiger geliefert haben, als Krupp der deutschen. Der Grund lag in den größeren Aufträgen, die die amerikanische Regierung erteilt hat, mit Krupp hat den Preis sofort herabgesetzt, als ihm die deutsche Regierung größere Aufträge garantiert hat.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Personlich bemerkt

Abg. Dr. Südekum (Soe.): Es ist bisher unvridersprochen geblieben, daß der Hauptmann v. Jellisch von seinem Major den Befehl bekommen hat, ein Dorf zu erstickern und daß er sich gewiegert hat, diesen Befehl auszuführen, mit der Bemerkung, er habe mit eignen Ohren gehört, die erste Kugel sei für ihn bestimmt. Ist das richtig, so hat es der Hauptmann v. Jellisch in der That an dem entschlossenen Mut fehlen lassen, von dem Sie behaupten, daß ihn alle deutschen Offiziere haben.

Generallieutenant v. Hertgen: Der Vordredner hat den Vorwurf der Feigheit gegen einen aktiven preussischen Offizier wiederholt. Ich kann nur nochmals erklären, daß die Behauptung von der Weigerung des Hauptmanns von Jellisch unrichtig ist und daß gegen die Feitung, die sie zuerst aufgestellt hat, bereits das Strafverfahren eingeleitet worden ist.

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter v. Endres: Ich kann mich dem Vordredner nur anschließen. Ich habe selbst die einschlägigen Aktenstücke in der Hand gehabt und kann hier nur nochmals erklären, daß dem Hauptmann v. Jellisch ein derartiger Befehl nie erteilt worden ist. Hauptmann v. Jellisch wäre auch der Letzte, der einen Befehl nicht Folge geleistet hätte. Wer ihn persönlich kennt, muß das auch für vollkommen ausgeschlossen halten. Die ganze Erzählung ist subjektiv und objektiv erlogen.

Präsident Graf Ballekrem: Durch die Reden der Bundesratsbevollmächtigten ist die Diskussion wieder eröffnet. Wenn nicht wieder ein Vertagungsantrag gestellt wird, erteile ich das Wort dem Abg. Dr. Vachem.

Abg. Vachem stellt in Anbetracht der vorgerückten Stunde einen erneuten Vertagungsantrag.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr an. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 8. Januar 1902, nachmittags 2¼ Uhr.

Präsident v. Arschner eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf den König und gedenkt des Todes der Kaiserin Friedrich sowie der Prinzessin Luise von Preußen. In beiden Fällen hat der Präsident im Namen des Hauses dem König das Beileid ausgedrückt. Vom Monarchen sind daraufhin Danktelegramme eingegangen, die der Präsident dem Hause verliest.

Die nächste Sitzung findet Donnerstagsvormittag um 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen die Präsidentenwahl und Entgegennahme von Vorlagen der Regierung (Etat).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Streitfrage. Das alte American-Theater ist Anfang 1899 geschlossen worden. Im November desselben Jahres wurde dem alten Theater gegen über, Dresdenstr. 96, ein Varietés unter dem Namen American-Theater eröffnet, doch hielt sich dies Institut, das jetzt den Namen Dresdener Casino führt, unter dem erwähnten Namen nur kurze Zeit.

Wolf. Die Zeitschrift „Der Bir“ ist unfer Willens eingegangen.

WARENHAUS A. WERTHEIM

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55

Konserven u. Wein

	1/1 Dose	1/2 Dose
Schoten	35 Pf.	
Junge Schoten	45 Pf.	
Feine Schoten	60 Pf.	35 Pf.
Schoten I	80 Pf.	45 Pf.
Extra feine Schoten	90 Pf.	50 Pf.
Schoten m. Karotten	65 Pf.	38 Pf.
Gemischtes Gemüse I	1.05 Mk.	55 Pf.
" " extra fein	1.45 Mk.	75 Pf.
Kohlrabi	32 Pf.	22 Pf.

	1/1 Dose	1/2 Dose
Stangenspargel dünn	1.15 Mk.	65 Pf.
" " III	1.30 Mk.	70 Pf.
" " II	1.50 Mk.	80 Pf.
" " I	1.75 Mk.	95 Pf.
" " extra stark	2.10 Mk.	1.10
Bruchspargel ohne Köpfe	85 Pf.	45 Pf.
" " I	1.30 Mk.	70 Pf.
" " extra stark	1.55 Mk.	80 Pf.
Riesenbruchspargel	1.65 Mk.	85 Pf.
Abschnittspargel	65 Pf.	38 Pf.

	1/1 Dose	1/2 Dose
Kaiserkirschen ohne Steine	1 Mk.	55 Pf.
Melange-Früchte	1.10	60 Pf.
Aprikosen halbe Frucht	1.35	72 Pf.
Reineklauden	90 Pf.	50 Pf.
Preisselbeeren ca. 5kg	3.25	2 1/2 kg 1.70
Ostsee-Bratheringe	50 Pf.	
Bismarck-Heringe	50 Pf.	
Heringe in Aspice	40 Pf.	
Sardinen in Oel 1/4 D.	45 u. 70 Pf.	1/2 D. 1.20
Franz. Sardinen in Tomaten 1/4 Dose	70 Pf.	

Bordeauxweine

	Flasche	85 Pf.
Montferrand	"	1 Mk.
1898er Chât. Beaupuy	"	1.20 Mk.
1895er Blanquefort	"	1.50 Mk.
1896er Cru Lafontanelle Margaux	"	1.50 Mk.

Moselweine

	Flasche	55 Pf.
Ober-Moseler	"	70 Pf.
Wormeldinger	"	1 Mk.
1897er Zeltinger	"	1.20 Mk.
1897er Trittenheimer	"	1.20 Mk.

Pfälzerweine

	Flasche	1.50 Mk.
1897er Neust. Vogelsang	"	1.95 Mk.
1895er Deidesheimer	"	1.95 Mk.

Rheinweine

	Flasche	70 Pf.
Alsheimer	"	95 Pf.
Dienheimer	"	1.20 Mk.
1899er Rüdesheimer	"	1.45 Mk.
1896er Enghöller	"	1.45 Mk.

Südweine

Portwein II	1/1 Fl.	1.25 Mk.
Portwein I	"	1.70 Mk.
Alter Portwein	"	2.20 Mk.
Sherry	"	1.70 Mk.
Feiner alter Sherry	"	2.95 Mk.
Madeira	"	1.60 Mk.
Feiner alter Madeira	"	2.60 Mk.
Marsala	1/1 Fl.	2 Mk.

Franz. Champagner

Ch. de Cazanove Avize	
Ay Mousseux extra dry	Flasche 6 Mk.
Henry Goulet Reims	
Carte Blanche extra dry	" 7.80 Mk.

Franzö. Cognac

Edgard Remy & Co.	1/1 Fl. 2.65	1/2 Fl. 1.50
J. Dupont & Co.	" 3 Mk.	" 1.65
Boutillier, G. Briand & Co.		
	1/1 Fl. 3.85	" 2 Mk.
E. Rolland & Co.	" 4.50	" 2.30
Jas. Prunier & Co.	" 5 Mk.	" 2.65
Boutillier, G. Briand & Co.,		
fine Champagne	1/1 Fl. 5.50	" 2.85

Max Kliems Festsäle

Hafenstraße 13-15.

Umstände halber sind meine Festsäle (auch der große Festsaal) einige Sonnabende im März und der Palmsonntag frei geworden. 32034*

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

D. Wurzel & Co.
jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mantuffelstrasse.



Chronisch Kranke,

besonders Haut-, Harn-, Nieren-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutarmut, Blutsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in [3118]*
Remels Naturheilanstalt „Drachenkopf“ Eberswalde b. Berlin.
Während der Wintermonate sehr billige Preise. Centralheizung. Aestrl. Leitung. Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion

Berliner Finanz- und Handelszeitung

XIII. Jahrgang Berlin SW., Hafenplatz 4 XIII. Jahrgang best informiertes, dreimal wöchentlich erscheinendes Finanzblatt. Anfragen der Abonnenten über in- u. ausländische Wertpapiere werden im „Briefkasten“ eingehend beantwortet. Abonnementpreis Mark 5.00 pro Quartal.
Die Zeitung wird einen ganzen Monat hindurch auf Verlangen gratis und franco zugesandt.

Masken-Garderobe

von Carl Ernst,
Königsplatz 126, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Bereitete dieser Annonce erk. 10% Preisermäßigung.

!Gute ringfreie Milch!

liefert in jedem Quantum an Fabriken, Bergbau- u. Lokale und Haushaltungen 2235*

A. Wiesener,

1. Geschäft: Straßbergerstr. 6a.
2. Geschäft: Petersburgerstr. 4a.

Eugen Bärmer wendet man Mandelöl als Mittel an. Für den Zahn hingegen kann sich begeistern jedermann. Verlangen Sie gefl. ausdrückl. Warmes Mandelöl.
Bestreiter: Generaldepot: Berlin NO., Neue Königl. 74.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.
Teilszahlung Woche 1 Mart.
Bruno Steffens, Neanderstr. 21.
Achtung, Vereine!
Hierdurch mache bekannt, daß ich am Montag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend ein Zimmer bis 45 Personen zu vergeben habe, auch zur Jagdgesellschaft. 2937b
Hugo Bergemann, Gerichstr. 74.

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.
Aufsucht bis abends neun. [3234]*

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Reichstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant zu verkaufen Jüngerstr. 29. 2932b
Restaurant, gut gehend, unehelich, halber sofort billig zu verkaufen. Näheres bei Schornberg, Charlottenburg, Seelenhimerstraße 1. 4144*
Stahnbauwerk, 60 Quadratmeter, 450 Mark, verkauft Bauverwaltung Brunnenstraße 151. 2943b
Wandmalerei Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9742*
Winterpaletots wegen vorgerückter Saison bedeutend unter Preis einzeln zu verkaufen. Alois Fir, Berlin, Neufeldenerstraße 8. 2297b
Teppiche! (Leibschäfte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Potsdamer Markt 4, Bahnhofstraße. 1117*
Zwei Mark Bierstielbügel Damenkleiden, Herrenkleiden 3.-, Ausstattungen sowie elegante Kleiderstoffe billig. Wäschehandlung Adolf Salomonson, Stadtbahn 21, Nähe Polizeipräsidium. 135/16
Teppiche mit Gardenseitigen, Fabrikabfälle Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Rahmmaschinen, preiswerteste Verpackung, ohne Anzählung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Sandbergerstraße 82, Köpnickersstraße 60/61. 2260b*
Goldene Damenschürzen (von 10 Mark an), silberne Remonteschürzen (von 5 Mark an) Deutsches Reichshaus, Köpnickersstraße 11/12. *
Sportbillig, Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Reichshaus & Neanderstr. 21. 47*
Rahmmaschinen, sämtliche Systeme, auch ohne Anzählung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Beschäftigung erwünscht. Schneiderei Vierzehn, auch durch Postkarte. Turmstraße 39 und Bernauerstraße 47 B. 9932*
Rahmmaschinen und Feuer-Verhütung vermittelt Gustav Schmidt, Schulstraße 43, Hof Keller. 857b
Waldstraßbier, bündelnd, für Blutarmer, Brustkrankte, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Weichheit, überaus gesund, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 Mk. Nicht falschen, Qualität entspricht. Portereiererei Ringler, Bernauerstraße 119. 111/9*
Stoppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*
Zeitungsverkauf, gutgehend, unehelich, sofort verkäuflich. Putzwerkstraße 34. 2972b
Ohne Anzählung Terrain, Vorort Dabendorf, Hofen, Rute 8-12 Mark, verkauft Herrmann, Blumenstraße 79.

Vermischte Anzeigen.

Zitherlehrerin Frau Guder, Gneisenaustraße 115. 220*
Violinschule, Oranienstr. 118. *
Erzieherschule Oranienstraße 118.
Rechtsbureau Wulfow, Stollbergstraße 141. 2936b
Rechtsbureau, Zeitungsverlag, Hinckelstraße 45, Eingabengeld. 9912*
Rechtsbureau, Rechtschule, Eingabengeld, Haltezeitung, Andreestraße 3, dreiwöchentlich. 2934b*
Unfallfächer, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 2957b
Kunstkopiererei von Frau Koloski, Steinwegstraße 48, Quergebäude hoch, parterre.

Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Franzosenstraße 29/30. 2935b*
Rezeption! Oder ich über diese ungelöste Grausamkeit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsbundes gegen Wollerei, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierkennverein Berlin, Königgräberstraße 108. Diefelbst können auch Referenzen über Wollerei in Arbeitervereinen über Wollerei befristet werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*
Wochenzeitung, Brodhause und alle anderen Bücher, bezieht Hannemann, Kochstraße 56, I. Amt VI, 3307. 962K*
Bücherantiquar zu höchsten Preisen. Opflein, Marktgrabenstraße 101. 1130/1*
Fahrrad sucht zu kaufen Brunnenstraße 137 (Urmachereck). 2967b*
Gold, Silber, Uhren, Kauf Brunnenstraße 137, Urmachereck. 2958b*
Cigarren, Zigaretten, Bäder, Warenposten, sowie alles Brauchbare liefert Jabelhaft hoch Deutsches Reichshaus (Königsplatz), Köpnickersstraße 11/12. 110/19*
Restauration habe eröffnet. Carl Schmidt, Beusselstraße 37. 9592*
Saal zu Madentänzen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. Schwedterstraße 24. 758*
Vesefalle eröffnet Chaussee 121.
Kostfreie jahreslängliche Behandlung, Zahnärztliche Poliklinik. Chausseestraße 1 a. 135/17
Klavierchule Oranienstraße 118.

Vermietungen.

Wohnungen.

Wohnung zu vermieten, 21 kost 24,50, auf Februar/März, wegen Wegzug. Rosa, Wilsdorf-Alexanderstr. 8, Quergebäude parterre. 2938b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Goldfänger-Gesellschaft Levan-dowsky, Seidingerstraße 4. 490*
Kleider Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stücke werden zu den billigsten Preisen gelockert, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Rinaldistraße 27, II. Wölder.
Suche Wäsche. Annenstr. 2, vom 4 Treppen bei Böllner. [1293]*

Stellenangebote.

Mädchenjungen-Arbeiterinnen verlangt Gute, Frankfurter-Allee 16.

Am Arbeitsmarkt durch beizubehalten durch hervorragende Anzeigen lösen 10 Pf. pro Zeile

Annoucen - Acquisiteur,

seit 7 Jahren an einem Parteiblatt, welcher auch jegliche Expeditionsarbeit mit verrichtet sowie den Verlag inne hatte, sucht Stellung zum 1. April. Angebote unter „C. 1“ an die Expedition dieser Zeitung.

Erfahrener Meister

der schon einen gleichen Posten bekleidet hat, wird bei hohem Gehalt für eine Compagnie gesucht. Nur Offerten mit guten Empfehlungen unter P. 1. d. Ztg. erbeten. 2962b

Mädchen,

welche das Abziehen von Abziehbildern auf Glas und das Auflegen mit Verklebter gründlich verstehen; desgleichen solche, welche das Aufmalen auf Glas abgezogener Abziehbilder gut können. Bevorzugt werden solche, die bereits in ähnlicher Stellung thätig waren. Respekt wird bei Engagement vergütet. Off. u. Offiziere „C. 1“ Exped. d. Bl.

Mittelfeuer wurde gestern Abend 8 1/2 Uhr aus dem Konfektionshause Julius Michaelis in der Kurfürst. 30 gemeldet. Hier war im ersten Stock des Quergebüdes ein Seidenlager in Brand geraten, dessen Ablösung trotz vorhandener starker Rauchentwicklung sehr bald erfolgte. Der verursachte Schaden dürfte daher nicht sehr bedeutend sein, auch findet eine Geschäftstörung nicht statt.

Feuerbericht. Mittwoch kurz nach Mitternacht wurde die Wehr nach der Reichenbergerstr. 71 gerufen, wo Gardinen Feuer gefangen hatten. Zur selben Zeit brannte in der Kurfürst. 27 der Fußboden und die Balkenlage. Ein ähnlicher Brand mußte Dienstagmittag in der Rannpstr. 36 abgelöscht werden. Kurz vorher ging in der Kurfürst. 9 ein Storb mit Wäsche und Kleidungsstücken in einem Mädchenlager in Flammen auf. Dienstagabend 8 Uhr erfolgte ein Ausbruch nach dem Anhalter Güterbahnhof, wo sich ein Waggon mit Presholzen entzündet hatte. In der Reichenbergerstr. 142 hatten Spanne in einer Tischlerei Feuer gefangen, während Königbergerstr. 26 ein kleiner Brand in einem Waschküchengebäude abgelöscht werden mußte. Gardinenbrände beschäftigten die Wehr in der Reichenbergerstr. 4 und Kurfürst. 50. In der Bollnerstr. 34 brannten Kleidungsstücke und Immobilien und gleichzeitig in der Georgenkirchstr. 6 Papier und Tapeten. Ein Kellerbrand rief die Wehr Dienstagabend nach 9 Uhr nach der Kurfürst. 32b. Ein großer Posten Berg wurde hier eingeleiert. Eine Alarmierung nach der Kurfürst. 5 betraf einen Brand, der Wäsche und Kleidungsstücke auf einem Hängeboden zerstörte. Außerdem wurden noch kleinere Brände von der Elbingerstr. 3 und Goltzstr. 18 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schöneberg schreibt man uns: Die Stadtverordnetenwahlen, die bekanntlich im November begannen, haben sich nun hauptsächlich ins neue Jahr hinübergezogen. Die verursachte Arbeit und die Opfer für unsere Genossen waren nicht gering und wir können mit dem Erfolg sehr wohl zufrieden sein. Sind doch wiederum vier unserer Vertreter ins Stadtparlament eingezogen. Aber noch weitere Arbeit steht uns bevor. Wie erinnerlich, ist die Wahl unseres bisherigen langjährigen Vertreters, des Genossen Obst, der das Mandat eines Eingewählten im 9. Bezirk angenommen hatte, für ungültig erklärt worden. Im Zusammenhang damit wurde auch die Wahl des bürgerlichen Kandidaten, des als Mieter aufgestellten Dr. Richter, der mit nur wenigen Stimmen über unsere Kandidaten siegte, kassiert, so daß für diesen 9. Bezirk wiederum eine Nachwahl stattfinden muß. Diese Wahl findet am Donnerstag, den 23. Januar, von vormittags 11 bis abends 7 Uhr, im Restaurant „Wilhelmshof“, Eberstr. 80, statt. Wir hoffen, daß die Parteigenossen des in Frage kommenden Bezirks es sich nicht werden nehmen lassen, durch tüchtige Agitation unseren Kandidaten gleich im ersten Wahlgang zum Siege zu verhelfen.

Vom Schöneberger Arbeitsnachweis. Die Stellenvermittlung im Monat Dezember gestaltete sich noch unruhiger als im vorausgegangenem Monat. Wenn auch wohl infolge des Weihnachtsgeschäfts die Zahl der gemeldeten Arbeitsuchenden (und hier kommt wiederum nur weibliches Personal in Betracht) etwas geringer war, so konnte doch nur etwa die Hälfte der in Betracht kommenden Personen Arbeitsgelegenheit erhalten. Offene Stellen für männliche Arbeitsuchende waren vorhanden 16, für weibliche 131, zusammen 147 (im November waren deren zusammen 178); Arbeitsuchende waren gemeldet 47 männliche, 155 weibliche, zusammen 202 (im November zusammen 297); besetzt wurden 15 Stellen für männliche und 93 Stellen für weibliche Arbeiter, zusammen 108 Stellen.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Nachweisung von Arbeit im städtischen Arbeitsnachweis, Kaiser Wilhelmplatz 3, kostenlos erfolgt, und zwar für ungelernete und gelernte Arbeiter und Lehrlinge von 8 bis 1 Uhr und für Arbeiterinnen und Dienstmädchen von 2 bis 7 Uhr nachmittags.

Aus Hoheneckendorf sendet uns der in der Sonntagsnummer erwähnte Hauswirt Meißner eine Zuschrift, die derart mit Scheltworten gefüllt ist, daß sich der Abdruck verbietet. Herr Meißner behauptet, daß die Frau Hübsch bei der Exzision nicht schwer krank gewesen und aus der Charité bereits wieder entlassen sei; auch sei die Familie H. nach seiner, des Hauswirts Auffassung im Besitz einer Wohnung gewesen. Dann erklärt Herr Meißner es für unrichtig, daß H. die Miete immer pünktlich bezahlt habe; die Miete für November sei erst im Dezember entrichtet worden. Auch sei er für H. zu sprechen gewesen; ingleichen habe er die Leute nicht ohne weiteres auf die Straße gesetzt, sondern ihnen vier Wochen vorher gelündigt, obgleich er dies nicht nötig gehabt habe, da tägliche Kündigung verbindlich gewesen sei. Ferner behauptet Herr Meißner noch, daß am Orte etwa 15 kleine Wohnungen leer stehen, eine Tatsache, die gar nicht von uns bestritten worden ist.

Gerichts-Beilage.

Ein gefährlicher Gauner. Mehr als zwanzig Dienstmädchen erschienen gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht I, um gegen den Agenten Paul Giese, der sich wegen wiederholten Betruges auf der Anklagebank befand, Zeugnis abzugeben. Der Angeklagte ist achtmal vorbestraft, darunter siebenmal wegen Betruges. Er ist ein Schwindel-Spezialist, dem er verliert seine Betrügereien fast ausschließlich als Reisender für Photographien. Er hat zuletzt wegen seiner unreligiösen Machenschaften auf diesem Gebiete eine dreijährige Gefängnisstrafe zu verbüßen gehabt. Kam aus dem Gefängnis entlassen, fand er wieder Beschäftigung bei hiesigen Photographen und große, mit deren Bekanntheit versehen, die einzelnen Häuser ab. Er fand seine Kundschaft hauptsächlich bei dem weiblichen Küchenpersonal. Die Köchinnen und Stubenmädchen ließen sich leicht überreden, gegen Empfangnahme der Bekanntheitskarten, die bei späteren Bestellungen als Ausweis dienen und neben tabellarischer Aufzeichnung der Bilder ausnahmsweise billige Preise herbeiführen lassen, Anzahlungen zu leisten, um die sie der Angeklagte zumeist betrogen hat. Manchem hatten die Mädchen die als Anzahlung geforderten 2 M. nicht bei der Hand, sie vertrauten ihm dann zum Wechseln ein größeres Geldstück an, der Angeklagte vergaß aber in solchen Fällen das Wiederkommen. Nießhaft führte er sich als angeleglicher Landmann bei den Dienstmädchen ein, in einem Falle benutzte er die Gelegenheit, als das Mädchen auf wenige Minuten von der Herrschaft abberufen wurde, um aus dem Küchenschrank 12 M. zu stehlen. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu drei Jahren Zuchthaus, 1500 M. Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust.

In dem Prozesse Scholl und Genossen ist die Beweisnahme gestern zu Ende geführt worden. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Hauptangeklagten Scholl in allen Punkten für erwiesen. Die Angeklagte Margarete Prietz sei zwar nur sein Handwerkzeug gewesen, sie habe sich aber auch des Betruges schuldig gemacht, Egert aber müsse bestraft werden, weil er geständig die Annoncen, durch die Scholl das Publikum ansuchte, verfaßt und verbreitet hat. Der Staatsanwalt beantragte, Scholl in 21 Jahren wegen Betruges, ferner wegen Verleumdung, Urkundenfälschung und Veranlassung einer Lotterie in Gestalt des Serienlos-Geschäfts zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und 3000 M. Geldstrafe event. noch 100 Tage Zuchthaus, die Angeklagte Prietz zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe event. 100 Tagen Gefängnis, Egert zu 200 M. Geldstrafe event. 200 Tagen Gefängnis zu verurteilen. Das Erkenntnis ging dahin, daß der Angeklagte Scholl mit drei Jahren einem Monat Zuchthaus, fünfjährigen Ehrverlust und 650 M. Geldstrafe, die Angeklagte Margarete Prietz mit 600 M. und der Angeklagte Egert mit 100 M. Geldstrafe zu belegen seien.

In dem Verleumdungsprozeß des Rittergutsbesizers und Branereibesizers Schönbeck gegen den Reichstags-Abgeordneten Branereidirektor Richard Köstke hat jetzt das Kammer-

gericht das letzte Wort gesprochen. Dieser Prozeß bildet einen Ausfluß des Kampfes zwischen den großen und kleinen Branereien. Das Schöffengericht hatte Herrn Direktor Köstke zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt, das Landgericht als Berufungsinstanz hob jedoch dies Urteil wieder auf und sprach Köstke frei. Das Kammergericht verwirft die eingelegte Revision.

Versammlungen.

Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Am Dienstag fand im Lokal „Königsbau“ eine gut besuchte Vereinsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken des verstorbenen Genossen Müller in der üblichen Weise. Einige anwesende Frauen mußten, um den Bestimmungen unseres reaktionären Vereinsgesetzes zu genügen, auf Anordnung des überwachenden Beamten den Saal verlassen. Nachdem dies geschehen, hielt Genosse Rosenow einen Vortrag über das Thema: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Beseitigung.“ Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Aussprache, an der sich zwei Genossen beteiligten. — Unter „Vereinsangelegenheiten“ wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß jedes Mitglied seine Beiträge an den Bezirksführer desjenigen Bezirks zu entrichten hat, in dem es wohnt. — Der Antragsteller begründete seinen Antrag mit einem Hinweis auf den Fall Karl Schneider im fünften Wahlkreis und meinte, durch die persönliche Bekanntheit der Bezirksführer mit den Mitgliedern ihres Bezirks könne am besten verhindert werden, daß sich feindselige Elemente in unsere Reihen einschleichen. — Zum Schluß machte der Vorsitzende Vader auf die bevorstehende Arbeitslosenzählung aufmerksam.

Eine Versammlung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen tagte am Dienstag in den Luno-Sälen. In derselben sprach Genosse Taterow über die Ausdehnung des Krankenversicherungs-Zwanges auf die Heimarbeiter und Arbeiterinnen und den Einfluß desselben auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Vortrag, in dem der Referent auch die einzelnen Bestimmungen ausführlich erläuterte, wobei er das Verhalten der Unternehmer allen sozialen Einrichtungen gegenüber einer herben Kritik unterzog und auf die überaus traurigen Zustände in der Heimarbeiter hinwies, wurde von den zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der auf den Vortrag folgenden längeren Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten nicht nur im vollen Umfange bestätigt, sondern auch nachgewiesen, daß die schwerreichen, mit einem kolossalen Profit „arbeitenden“ Konfektionäre, die ja bisher fast von jedweder Belastung durch die sozialen Gesetze verschont waren, allerlei Manipulationen versuchten, um die Bestimmungen über die Krankenversicherung ebenfalls illusorisch zu machen. Die vielfachen Mängel des Ortsstatuts, die teilweise sehr unklare, komplizierte und in dem lässlichen Vorkonkretendruck gehaltenen Fassung verschiedener Bestimmungen bieten den Unternehmern bei ihrem Vorgehen geeignete Handhaben. Dadurch, daß die Bestimmungen nur für Berlin, aber nicht für die Umgebung, für Groß-Berlin in Betracht kommen, liegt die Gefahr nahe, daß von den Unternehmern die in den Vororten wohnenden Arbeiter bezw. Zwischenmeister bevorzugt werden. Tatsächlich wird bereits von den Unternehmern versucht und teilweise mit Erfolg, die Zwischenmeister zu veranlassen, nach auswärts zu ziehen. Es wurde mitgeteilt, daß einzelne Firmen, um sich der Versicherungspflicht zu entziehen, überhaupt nur an solche Zwischenmeister Arbeit abgeben, die nicht in Berlin wohnen. In diesem Falle würden allerdings vorläufig die betreffenden Zwischenmeister, auch wenn deren Einkommen weniger als 1500 Mark beträgt, selbst nicht versicherungspflichtig sein, hingegen müßten sie wohl zweifellos die für sie thätigen und in Berlin wohnenden Arbeiter versichern. In mehreren Fällen verlangen die Unternehmer, daß die Arbeiter einer freien Hilfskasse angehören oder daß sie sich selbst versichern, indem sie sich bei der Krankenkasse selbst anmelden und angeben sollen, daß sie beschäftigungslos sind. Daß die Konfektionäre kein Mittel scheuen, die verhältnismäßig doch geringen Kosten der Krankenversicherung von sich abzuwälzen, das geht auch daraus hervor, daß die Zwischenmeister und Arbeiter vielfach aufgefordert worden sind, sich als Gewerbetreibende anzumelden und ihnen dann vorgelesen wurde, daß sie selbständige Gewerbetreibende seien und die Kosten der Krankenversicherung für die Arbeiter selbst zu tragen hätten. Trotz der verschiedenen Unklarheiten in den Bestimmungen kann es aber doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Anmeldung des Gewerbes des Arbeiter nicht zum Gewerbetreibenden macht, dem die Verpflichtungen der Versicherung auferlegt werden können. Allerdings werden die Unternehmer, infolge des Umstandes, daß die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen wenig organisiert und sich der so schon sehr geringen Rechte nicht bewußt sind, mit diesen Manipulationen vielleicht noch längere Zeit alle Kosten der Versicherung von sich abwälzen. Seitens der hiesigen Orts-Krankenkasse der Schneider, die hauptsächlich in Betracht kommt, wird eine strenge Kontrolle geübt werden, und es sind, wie berichtet wurde, auch bereits geeignete Maßnahmen getroffen, um die verschiedenartigen Manipulationen möglichst zu verhindern. Im übrigen ist auch die Berliner Armenverwaltung, die ja wissen muß, daß sie insbesondere aus den Kreisen der Heimarbeiter viel in Anspruch genommen wird, außerordentlich bei der Sache interessiert und sie hat alle Ursache, dahin zu wirken, daß die Unternehmer ihren Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber nachkommen. In der weiteren Diskussion wurde immer wieder auf die miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf die fortgesetzten Lohnrückstellungen hingewiesen und wie vom Referenten so auch von mehreren anderen Rednern zum festen Zusammenhalt in der Organisation aufgefordert, wodurch es allein nur möglich wird, der schrankenlosen Ausbeutung ein Ziel zu setzen und bessere Zustände für die Heimarbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen.

Die städtischen Laternenanzünder hielten am Montag im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse Schuber über das Aktionsprogramm der neu geschaffenen Centralstelle der vereinigten Berliner Filialen der städtischen Arbeiter referierte. Seine Vorschläge in Bezug auf den weiteren Ausbau des Verbandes wurde einstimmig gutgeheißen. Eine recht ausgedehnte Diskussion zitierte die Antwort des Berliner Magistrats auf das Gesuch der Laternenanzünder, ihr minimales Gehalt zu erhöhen, den Dienstjahren entsprechend eine Lohnskala einzuführen und sonstige den Arbeitern anderer Betriebe schon gewährten Bezüge zuzugestehen. Außer der Gehaltzulage hat der Magistrat keine Forderung berücksichtigt. In einer Resolution wurde dem bestehenden Arbeiterausschuß aufgegeben, die gestellten und durchaus gerechten Ansprüche zu formulieren und sie der zuständigen Stelle zu unterbreiten.

Die Berliner Bau-, Maurer- und Zimmerermeister-Zunft hat in ihrer letzten Sitzung zu den Sekretärinnen zur Sicherstellung der Bauhandwerker-Forderungen Stellung genommen und nach langer Debatte beide von der Regierung veranlassende Entwürfe in ihrer gegenwärtigen Form für unannehmbar erklärt. Von Vertretern des Verbandes der Bauhandwerker in Berlin und Umgebung sowie des Arbeitgeberverbandes für das Vaugewerbe wurden Erklärungen abgegeben, die gleichfalls dahin lauteten, daß die vorliegenden Entwürfe nicht Geleg werden könnten, ohne das ganze Vaugewerbe auf das empfindlichste zu schädigen. Der Vorsitzende Baumeister Reuzel teilte mit, daß ein Ausfluß des Bundes deutscher Bauhandwerker-Zunimngen, der mit seinen 30 000 Mitgliedern das Vaugewerbe repräsentiert, in Berlin getagt und nach langer Beratung beschlossen habe, sich für den Regierungsentwurf b, der nur die Bauhandwerker, nicht auch die Lieferanten in ihren Forderungen schlicht, zu erklären. Dies sei lediglich der Form nach geschehen, dem Inhalte nach müsse ein Gesetz gefordert werden, das die Forderungen der Bauhandwerker durch hypothekarische Eintragungen sicher stellt. Der Entwurf b könne wohl

als Grundlage dafür dienen, doch müßte er wesentliche Abänderungen erfahren. Baumeister Laßmann vom Verbands der Bauhandwerker Berlins gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Annahme des Entwurfs b werde einen wesentlichen Rückgang der Bauhandwerker und damit eine schwere Schädigung der Bauhandwerker zur Folge haben. Sein Verband lehne den Entwurf ab und überlasse es der Regierung, geeignete Vorschläge zur Beseitigung des Bauhandwerkers zu machen. Landtags-Abgeordneter Baumeister Felisch trat diesen Ausführungen entgegen. Wohl seien auch seiner Ansicht nach die beiden Entwürfe unzureichend und unannehmbar, dennoch sei es grundfalsch, sie einfach abzulehnen, zumal die Regierung die Urteile von Sachleuten über ihre Vorschläge hören wolle. Auf Grund der Entwürfe müßten die Interessenten unbedingt in eine Beratung der Materie eintreten und den Versuch machen, durch geeignete Abänderungsvorschläge den Bauhandwerker zu Leibe zu geben. So sollte z. B. eine Bestimmung geschaffen werden, welche die sogenannten Zwischenunternehmer, die vielfach die schäufmännischen Bauhandwerker seien, zur Führung von Büchern verpflichte, wodurch diese Leute gezwungen würden, die vorhandenen Baugelder wirklich für die Bauten und nicht zu persönlichen Zwecken zu verwenden, wie es heute oft genug geschehen pflege, da es an jeder Kontrolle fehle. Nach stundenlangem Debatten wurde beschlossen, die Regierungsentwürfe einer genaueren Prüfung zu unterziehen und das Ergebnis der Beratungen der Regierung zur Veranschaulichung zu überweisen.

Der Verein der Baupauschläger hielt seine erste Generalversammlung am 3. Januar im Gewerkschaftshause ab. Auf Ersuchen der Gewerkschaftskommission wurden 25 Kollegen zur Hilfeleistung bei der Arbeitslosen-Zählung am 2. Februar bestimmt. Der Vorstand erstattete sodann Bericht über seine Tätigkeit im vergangenen Jahre. Statistischermaßen haben 38 Versammlungen. Die Mitgliederzahl ist leider von 450 auf 200 zurückgegangen. Die Kassenverhältnisse haben sich seit Beendigung des Streiks wieder bedeutend gebessert. Es konnten die während des Streiks notwendig gewordenen 5000 M. Schulden gedeckt werden, und ist gegenwärtig wieder ein Kassenbestand von circa 700 M. vorhanden. Unter diesen Umständen konnte beschlossen werden, die Extrazahlung von täglich 10 Pf. vom 5. Januar ab aufzuheben. Es muß in jeder Karte die 19. Woche geklebt sein; die Karten erhalten sodann in der nächsten Versammlung den Schlusstempel. Der wöchentliche Beitrag von 35 Pf. wurde beibehalten. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Otto Schulz, zu dessen Stellvertreter Aug. Schröder, zum 1. Kassierer Pliet, zum 2. Kassierer Pauli. Die Wahl des 1. Schriftführers wurde vertagt, als 2. wurde Donath gewählt. Die Kollegen Otto Vogel, Dreht, Wille, Krone und Larisch werden zu Revisoren, zu Revisoren Vollbrecht, Grünberg, Marggraf und Rosenkranz bestimmt.

Bund deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher (Zweigverein Charlottenburg). Sitzung am 10. Uhr bei Gemeinde, Bismarckstraße 34.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher. (Zweigverein Berlin.) Donnerstag, den 9. d. M., abends 10 Uhr, bei Dürz, Elsbettstraße Nr. 14: Generalversammlung. — Mitgliedsbuch legitimiert.

„Es werde Licht!“ Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute abend 8 1/2 Uhr, Dreddeckerstraße 45: Versammlung. Vorträge über „Kunst und Sittlichkeit“. Diskussion.

Eingegangene Druckschriften.

Die erste Nummer des „Südb. Postillon“ für das Jahr 1902 ist erschienen. Derselbe tritt damit in seinen 21. Jahrgang.

Vermischtes.

Drei Personen verbrannt. In dem Wohnhaus des Rentiers Goerte in Preußisch-Holland ist der „Elbinger Zeitung“ zufolge ein Brand ausgebrochen, der dasselbe einäscherte. Drei Personen wurden verbrannt. Dieselben sind wahrscheinlich in den Flammen umgekommen.

Die deutsche Südpolar-Expedition. Dem Staatssekretär des Innern ist von dem Generalkonsul in Sydney die telegraphische Anzeige zugegangen, daß der für die deutsche Südpolar-Expedition gecharterte Dampfer des Norddeutschen Lloyd, „Tanglin“, die Arktis am 21. Dezember verlassen hat, nachdem er alle Ladung gelöst und die Station in der Observationsbai Royal Land erreicht ist. Alle Stationsmitglieder sind gesund. Die Nachricht ist nach Sydney von einem englischen Dampfer überbracht worden, welcher den „Tanglin“ am 21. Dezember unter dem 44. Grad südlicher Breite und 73 Grad Länge gesprochen hat. An Bord des „Tanglin“ alles wohl.

Das der Typus der Bayern, wie Jola ihn in seinem Roman „La Terro“ darstellt, nicht allein auf Frankreich poht, lehrte eine Mitteilung, die den „M. Neuesten Nachr.“ aus der Gegend von Schwandorf, dem frömmsten Teil des fromm-katholischen Bayern, zugeht: „Der geisteschwache 20-jährige Max Graf aus dem benachbarten Pfarrdorf Reutirchen war lange Jahre in der Kunst Reichenbach untergebracht. Obwohl nun Reutirchen die reichste Gemeinde des Bezirksamts ist und nur wohlhabende Bayern hat, war dieser der zu zahlende jährliche Unterhaltsbeitrag von 200 M. zu hoch, weshalb der arme Mensch nach Hause befördert wurde. Dabei wurde er dann seinem Schicksal überlassen. Keine Lagerstätte, kein Hof wurde dem im Armenhause Unterbrachten zur Verfügung gestellt. Niemand hat sich um den Unglücklichen gekümmert, der vorige Woche tot in einem Winkel des Armenhauses aufgefunden wurde. Die Beerdigung war bereits festgesetzt, als Anzeige bei der Gendarmerie erfolgte. Die durch eine Gerichtskommission besetzte Untersuchung und Obduktion der Leiche, vorgenommen durch Landgerichtsarzt Dr. Mayer aus Ansbach und Dr. Held aus Schwandorf, ergab als Ursache des Todes „Verhungern“. Der Magen war leer, in den Gebärmern fanden sich Leberreste von Luch und Getreidelöcher. Die Beine waren erfroren, der bis zum Skelett abgemagerte Körper voll von Ingeziefer. Von dem Schreien des Armen in den letzten Tagen hat niemand Notiz genommen. Bürgermeister der genannten Gemeinde ist der frühere Centrums-Abgeordnete Martin Lautenschlager.“

Nach Schema P. Die Polizeikräfte in Brügge eruchten jüngst die Direktion der Löpliger Bahn um Freilassen zur Fahrt nach Löplig, um dort am Leichenbegängnis eines Kameraden teilzunehmen. Sie erhielten abschlägigen Bescheid mit der verblüffenden Begründung, daß „dortel Fälle“ acht Tage vorher angemeldet werden müssen.

Witterungsübersicht vom 8. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Schwetende	768.25	5	bedeckt	7	Dapornaba	730.25	4	bis bed.	-4		
Danzburg	772.25	3	bedeckt	6	Petersburg	740.25	1	Schnee	-0		
Berlin	772.25	3	bedeckt	7	Sart	772.25	4	bedeckt	8		
Frankf./M.	778.25	3	bedeckt	6	Abedeen	—	—	—	—		
München	779.25	3	bis bed.	1	Paris	770.25	1	wolklos	-1		
Wien	774.25	3	bedeckt	6							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 9. Januar 1902. Ein wenig kälter, vorherrschend wolkig bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.